

Building Workers' Power

Kongress 2014 und
Prioritäten für 2015



ITUC CSI IGB

Inhalt

Building Workers' Power: Planung für 2015	5
IGB-Frontlines: Klimagerechtigkeit und industrieller Wandel	20
IGB-Frontlines: Sklaverei beenden	23
IGB-Frontlines: Die Macht der Unternehmen in Lieferketten eindämmen	25
IGB-Priorität: Gefährdete Länder	28
IGB-Prioritäten: Count Us In!	30
IGB-Prioritäten: Hausangestellte – Kampagne '12 + 12'	33
IGB-Prioritäten: Globale Lenkung der Migration	35
IGB-Prioritäten: Organisation	38
IGB-Priorität: Globale Kohärenz	40
Kongresserklärung	43

Building Workers' Power

Planung für 2015



ITUC CSI IGB

Building Workers' Power: Planung für 2015

Der Berliner Kongress hat die Herausforderungen herausgestellt, die angegangen werden müssen, wenn wir die Macht der Unternehmen eindämmen wollen, durch die arbeitende Menschen verarmen und demokratische Ordnungsprozesse untergraben werden. Diese Herausforderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

A. Demokratie, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sind in Gefahr:

- Die Arbeitnehmerrechte sind in Gefahr, und die Macht der Unternehmen muss eingedämmt werden;
- IFIs und Arbeitgeber greifen die Arbeitsmarktinstitutionen an;
- Die strukturelle Reform der Arbeitsmärkte führt zu prekären Arbeitsverhältnissen;
- Die demokratische Stimme gegen Sklaverei bzw. für auf Rechten basierende Gesellschaften ist schwach;
- Die internationalen Institutionen sind dabei, zu versagen, da die Entscheidungsprozesse von geopolitischen wirtschaftlichen Interessen beherrscht werden, wodurch Frieden, Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Gefahr geraten.

B. Die globale Wirtschaft und das Handelsmodell sind angesichts folgender Phänomene dabei, zu scheitern:

- Massenarbeitslosigkeit und Ausschluss junger Menschen, von Frauen und MigrantInnen;
- Ungleichheit und rückläufige Lohnquote, Angriffe auf Tarifverhandlungen und unzureichender oder nicht vorhandener Sozialschutz;
- Zunahme prekärer, unsicherer und informeller Tätigkeiten;
- Klimagefahren und marginalisierte Gesellschaftsgruppen.

Der IGB verfolgt klare strategische Ziele:

1. Gewerkschaftswachstum

200 MILLIONEN IGB-MITGLIEDER BIS 2018

Das erfordert Organisationsarbeit sowohl in der formellen als auch in der informellen Wirtschaft. Die Globale Organisationsakademie des IGB wird ihre Arbeit 2015 ausweiten und ihr Mentoring-Programm vertiefen, um ein internationales Netzwerk qualifizierter leitender OrganisatorInnen aufzubauen.

2. Nachhaltige Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz

ARBEITSPLÄTZE: 100 MILLIONEN ARBEITSPLÄTZE, UM DIE BESCHÄFTIGUNGSLÜCKE BIS 2018 ZU HALBIEREN

Das erfordert Investitionen in Infrastrukturprojekte, Arbeitsplätze für Frauen, Arbeitsplätze im Pflegebereich und grüne Arbeitsplätze sowie die Integration von Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit in die Nachhaltigkeitsziele der UN.

Unsere Ziele sind eine gerechtere Lohnquote, existenzsichernde Mindestlöhne und Sozialschutz für alle.

Wir müssen den Tarifprozess stärken, existenzsichernde Mindestlöhne garantieren und dafür sorgen, dass die Nachhaltigkeitsziele der UN sozialen Basisschutz beinhalten.

3. Förderung der Rechte

RECHT AUF VEREINIGUNGSFREIHEIT UND AUF TARIFVERHANDLUNGEN FÜR ALLE

Vereinigungsfreiheit und Organisationsaktivitäten sind die zentralen Elemente all unserer Pläne. Der Globale Rechtsindex des IGB wird konkret dazu genutzt werden, um mit den Regierungen über Änderungen in der Gesetzgebung und Praxis zu verhandeln, und wir werden in die internationale Solidarität investieren, um diese Rechte durchzusetzen, auch mittels unseres 'Programms für gefährdete Länder' und Aktionen in Verbindung mit internationalen sportlichen Großveranstaltungen.

BEENDIGUNG VON SKLAVEN- UND ZWANGSARBEIT: SCHLUSS MIT DEM KAFALA-SYSTEM BIS 2018

Es geht darum, den Druck auf Katar aufrechtzuerhalten, auf die Ratifizierung und Inkraftsetzung des IAO-Zwangsarbeitsprotokolls hinzuarbeiten und Mitgliedsorganisationen zu unterstützen, die Wanderarbeitkräfte organisieren und für ihre grundlegenden Rechte kämpfen.

ERHÖHUNG DER ERWERBSBETEILIGUNG VON FRAUEN UM 25 PROZENT, FÜNF PROZENT MEHR FRAUEN IN GEWERKSCHAFTEN UND BEENDIGUNG VON GEWALT GEGENÜBER FRAUEN

Das beinhaltet die Fortsetzung der Kampagne Count Us In!, inklusive einer Wirtschaftsagenda für Frauen, der gewerkschaftlichen Organisation von Frauen und der Förderung von Frauen in gewerkschaftlichen Führungspositionen.

FORMALISIERUNG INFORMELLER TÄTIGKEITEN

Priorität müssen dabei die fortgesetzte Unterstützung der Hausangestelltenkampagne 12 +12, die Unterstützung weiterer Organisierungskampagnen und der Abschluss der Verhandlungen über eine IAO-Norm bezüglich informeller Beschäftigungsverhältnisse haben.

SICHERE ARBEIT

Obwohl sich der IGB bereits in abgestimmter Weise auf den 28. April konzentriert und jetzt mit der Zusammenstellung eines Nachrichtenblattes zum Thema Arbeitsschutz begonnen hat, um Informationen und Aktivitäten auszutauschen, sind wir entschlossen, unsere Arbeit in diesem Bereich weiter auszuweiten. Sie ist eine wichtige Basis für die Organisation der Beschäftigten und eine Schlüsselerantwortung der Gewerkschaften. Während des Jahres 2015 wird sich eine Taskforce des Sekretariats mit extremen Gefahren für Menschenleben und Existenzgrundlagen befassen, auf sichere Arbeit in Lieferketten abzielen und einen strategischen Plan für relevante Aktivitäten in den Jahren 2016 bis 2018 entwickeln.

RECHTE VON MIGRANT(INN)EN

Rechte für Wanderarbeitkräfte am Arbeitsplatz und eine globale, auf Rechten basierende Lenkung der Migration sind nach wie vor Forderungen, die dringend erfüllt werden müssen, da die Zahl der MigrantInnen infolge von Konflikten, Arbeitslosigkeit und Hungerlöhnen eskaliert. Wir müssen uns weiterhin für eine wirksame globale Lenkung der Migration einsetzen und die Wirkung innerstaatlicher und grenzübergreifender Organisationsaktivitäten zugunsten der Rechte von MigrantInnen verstärken.

Strategischer Rahmen

Der Kongress hat nicht nur die wichtigsten Ziele des IGB für 2014 und danach festgelegt, sondern auch beschlossen, dass die Organisationsarbeit das Kernstück und die Grundlage all unserer Aktivitäten sein muss.

Unsere Pläne müssen auf direkter Organisationsarbeit, auf Organisationspartnerschaften oder auf Aktivitäten basieren, die auf die Schaffung eines Organisationsrahmens abzielen, durch Rechte, Gesetze und/oder wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Dort, wo wir über ein globales oder innerstaatliches Ziel verfügen, werden wir lediglich in Pläne investieren, die für das Engagement der Mitgliedsorganisationen und für ihre Verpflichtung zu konkreten Organisationszielen für die Beschäftigten, für die das globale oder innerstaatliche Ziel relevant ist, sorgen.

IGB-Frontlines 2015 – 2018 und Prioritäten für 2015

Unsere Arbeit muss sich konkret an unseren Prioritäten orientieren, und unsere Ressourcen müssen optimal eingesetzt werden. Wir müssen uns daher auf die zentralen Fronten unserer Arbeit konzentrieren, um eine möglichst große Chance zu haben, die Macht der ArbeitnehmerInnen auszubauen, indem wir eine geringe Zahl von Flaggschiff-Kampagnen durchführen und unseren Fokus und unsere Ressourcen darauf ausrichten.

Für den Zeitraum 2015 – 2018 werden wir unsere Kapazitäten gezielt nutzen, um die Ziele und Ambitionen des IGB-Kongresses zu verwirklichen. Wir werden Kampagnen durchführen, um an folgenden Fronten zu gewinnen:

GLOBALE LIEFERKETTEN, EXISTENZSICHERNDE MINDESTLÖHNE UND FORMALISIERUNG INFORMELLER TÄTIGKEITEN

Das Kernstück unternehmerischer Macht, Profite und Ausbeutung ist das zunehmend dominante Handelsmodell mit seinem Netz globaler Lieferketten. Rund sechzig Prozent des Welthandels, der sich heute auf über 20 Billionen Dollar pro Jahr beläuft, erfolgen über Lieferketten.

Die zunehmende Ungleichheit, Steuerflucht und prekäre Arbeit gehen zurück auf das Streben nach mehr Gewinnen und einem höheren Aktionärswert. Die Integration von Zulieferung, Produktion, Transport und Logistik hat zur Folge, dass alle Unternehmen in diesem destruktiven Netz gefangen sind.

Trotz nationaler und globaler Proteste und einer ganzen Industrie im Wert von rund 80 Milliarden Dollar, die sich mit der sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen (CSR) befasst, nehmen die Angriffe auf die Rechte, die Verweigerung der Vereinigungsfreiheit und der zu Hungerlöhnen führenden Kostendruck an Intensität zu. Es gibt die Ruggie-Prinzipien, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die IAO-Erklärung über multinationale Unternehmen, und dennoch halten die Wirtschaft und die Politik an ihrer Forderung nach einer größeren Handelsliberalisierung ohne Rechte fest.

- **Kongressbeschlüsse**
 - Arbeitsplanwerke
 - Fortschrittsberichte
 - Fortschrittsberichte Teilgruppen
 - Beauftragung von Personen, Arbeitsgruppen
 - Weiterbildung und -organisation
 - Arbeitsauftrag, Arbeitsplan, Arbeitsberichte
 - Koordinierung der Arbeit der Arbeitsgruppen
 - Nennung der ersten Prioritäten des Arbeitsauftrags
 - Organisationsplan, in der Beauftragung steht: Wer hat die Aufgabe und wann soll sie erledigt sein

SKLAVEREI UND ZWANGSARBEIT BEENDEN

Das Sklaverei-Modell Katars ist inzwischen zu einem globalen Skandal geworden, aber es wird weiterbestehen, wenn wir nicht nachdrücklicher von allen Nationen die Ausmerzung von Zwangsarbeit, des Kafala-Systems und anderer derartiger Auswüchse der Unterdrückung fordern.

Im Mittelpunkt wird weiterhin unsere Katar-Kampagne stehen, mit verstärktem Fokus auf dem Ruf der Unternehmen und auf internationalen Investitionen, einschließlich des Arbeitnehmerkapitals.

Wir müssen uns organisieren, um die Ratifizierung des 'Zwangsarbeitsprotokolls' der IAO in 15 Zieländern im Jahr 2015 zu erreichen. Die Hausangestelltenkampagne '12 bis 12' ist dabei ein gutes Modell, auf dem wir aufbauen können.

Unser Ziel ist es, diejenigen Beschäftigten zu organisieren, die größtenteils MigrantInnen oder Angehörige indigener Bevölkerungsgruppen sind, die Ratifizierung des Protokolls durchzusetzen und Arbeitsgesetzreformen zu bewirken, um Rechte zu garantieren. Mit Unterstützung unserer Mitgliedsorganisationen in spezifischen Aufnahmелändern, in den Entsendeländern sowie in Einflusszentren können wir eine erfolgreiche Organisierungskampagne durchführen.

Es gibt zudem Überschneidungen mit den Frontlines-Kampagnen bezüglich globaler Lieferketten und Mindestlöhne, da wir Sklaverei in globalen Lieferketten beenden müssen.

Kongressbeschlüsse

- Arbeitnehmerrechte
- Rechte für MigrantInnen und ein Ordnungsrahmen
- Formalisierung informeller Tätigkeiten
- Verminderung der Ungleichheit
- Beendigung von Zwangsarbeit/Sklaverei
- Organisationsarbeit, um den Beschäftigten mehr Macht zu verschaffen und Gewerkschaftswachstum zu erreichen

KLIMAGERECHTIGKEIT UND INDUSTRIELLER WANDEL

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze.

Wir müssen den weltweiten Kohlenstoffausstoß durch Emissionssenkungen und Technologien reduzieren. Wir fordern ein globales Abkommen, industriellen Wandel und einen gerechten Übergang. Wir sind entschlossen, die Beschäftigten in neuen grünen Wirtschaftstätigkeiten zu organisieren, sowohl in der formellen als auch in der informellen Wirtschaft.

Die Organisation der ArbeitnehmerInnen zur Forderung nach einem sozialen Dialog, der für eine angemessene Industriepolitik, bahnbrechende Technologien und neue Fertigkeiten sorgt, ist einer

der Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit. Globale Ambitionen, nationale Aktionen und die Mobilisierung der Mitglieder sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene sind von entscheidender Bedeutung.

Investitions- und Kapitalstrategien müssen dabei ebenfalls eine Rolle spielen.

Der IGB-Bericht über grüne und menschenwürdige Arbeitsplätze ('Growing Green and Decent Jobs') hat beachtliche Beschäftigungsergebnisse durch grüne Wirtschaftsmaßnahmen in sechs Branchen aufgezeigt: Baugewerbe, Verkehrswesen, Energiewirtschaft, Landwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe und Wasserwirtschaft.

Es gibt zahlreiche Beispiele für Beschäftigungswachstum durch technologische Veränderungen in traditionellen und neuen Industrien und Dienstleistungsbereichen.

Die Welt braucht ein neues geistiges Eigentumsmodell, um den Kampf gegen die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu gewinnen und allen Nationen und Wirtschaftsbranchen Zugang zu bahnbrechenden Technologien zu verschaffen.

Wir müssen die notwendige Forschungsarbeit konzipieren, die politische Linie festlegen und die Mitgliedsorganisationen einbinden, um die Federführung bei der Forderung nach einem industriellen Wandel und dem diesbezügliche Dialog zu übernehmen. Die Wirtschaftssektoren von heute werden die Wirtschaftssektoren von morgen sein, wenn sie die notwendigen Änderungen im Bereich der Energie und Produktion vornehmen.

Wir müssen uns organisieren, um einen gerechten Übergang zu erreichen, und wir müssen die Beschäftigten an grünen Arbeitsplätzen organisieren.

Wir müssen mobil machen für ein globales Abkommen, mit dem die notwendigen Veränderungen durchgesetzt werden können.

Kongressbeschlüsse

- Arbeitnehmerrechte
- Arbeitsplätze
- Verminderung der Ungleichheit
- Mobilisierung für ein globales Klimaschutzabkommen
- Forderung nach einem Dialog über industriellen Wandel
- Kampf für einen gerechten Übergang
- Organisation der Beschäftigten in der grünen Wirtschaft

Diese neuen „Frontlines“ werden durch die laufenden Prioritäten des IGB ergänzt werden.

Organisierung und die Globale Organisationsakademie des IGB

Der vom IGB-Weltkongress 2014 erteilte Auftrag lautet “Building Workers’ Power”, mit dem Ziel eines 200 Millionen Mitglieder zählenden IGB bis 2018.

Nachhaltige Organisationsarbeit mit Blick auf das Wachstum und die Stärkung der Gewerkschaften ist nur möglich, wenn sich die Beschäftigten für die Themen engagieren, die ihr Leben verbessern werden, einschließlich Löhnen, Sicherheit, sicherer Arbeitsplätze, Rechten und Sozialschutz.

Weltweit gibt es rund 2,9 Milliarden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Lediglich 60 Prozent sind in der formellen Wirtschaft beschäftigt, unter zunehmend prekären Bedingungen, während 40 Prozent verzweifelt versuchen, sich in der informellen Wirtschaft über Wasser zu halten, in der es keine Regeln, keine existenzsichernden Mindestlöhne, keine Rechte und keinen Sozialschutz gibt.

Die Herausforderung für die globale Gewerkschaftsbewegung auf allen Ebenen besteht darin, Organisationsarbeit zu verrichten, sowohl in der formellen als auch in der informellen Wirtschaft.

Die Globale Organisationsakademie des IGB ist inzwischen etabliert, mit leitenden regionalen OrganisatorInnen in Lateinamerika, Asien/Pazifik, Afrika und Nahost/Nordafrika. Sie koordinieren und unterstützen das Netzwerk geschulter ‘leitender OrganisatorInnen’, erfahrener OrganisatorInnen, die betriebliche Kampagnen koordinieren. Während des Jahres 2015 werden die regionalen Aktivitäten ausgeweitet, u.a. durch einen zusätzlichen Kurs als Einführung in die Organisationsarbeit, Unterstützung bei Schulungsmaßnahmen für spezifische “Frontlines” und Prioritäten sowie ein ausgebautes Mentoring-Programm.

Globale Kohärenz

Die Herausforderungen auf dem Gebiet der globalen Kohärenz sind angesichts des stagnierenden Wachstums, des historischen Höchststands der Arbeitslosigkeit, der rückläufigen Lohnquote und der Angriffe auf den Sozialschutz dort, wo es ihn gibt, immens. Die Ungleichheit wächst, die Lohnquoten sind so niedrig wie selten und die sich rapide ausweitenden Lieferketten, die inzwischen zum vorherrschenden Handelsmodell geworden sind, lassen die Beschäftigten verarmen. Prekäre Tätigkeiten nehmen zu, und neben der Sicherheit am Arbeitsplatz ist dies ein zentrales Thema für die Gewerkschaften überall.

Die Bedrohung von Menschenleben und Existenzgrundlagen durch den Klimawandel stellt eine erhebliche globale Gefahr dar. Eine der zentralen Kampagnen des IGB zielt auf Klimagerechtigkeit ab.

Der IGB konzentriert sich auf diese Fragen, wobei Investitionen in Arbeitsplätze und die Ankurbelung der Nachfrage durch faire Löhne und Sozialschutz von zentraler Bedeutung für Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit sind.

Die Post-2015-Nachhaltigkeitsziele der UN müssen Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit beinhalten, ebenso wie Sozialschutz für alle. Weitere unerlässliche Elemente sind die Gleichstellung der Geschlechter, hochwertige Bildung für alle, eine bezahlbare Gesundheitsversorgung sowie Ernährungs- und Energiesicherheit.

Wir werden Handelsabkommen ablehnen, die Mechanismen zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS) vorsehen, es versäumen, die Kernarbeitsnormen und deren Einhaltung zu garantieren und die den öffentlichen Dienst, den innen- oder entwicklungspolitischen Spielraum untergraben.

Eine weitere zentrale Kampagne zielt auf die Eindämmung der Macht der Unternehmen in Lieferketten ab, wobei die Rolle der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie die Diskussion der IAO-Konferenz 2015 über Lieferketten weiterhin Schwerpunkte sein werden.

Ein wesentlicher Schwerpunkt des Netzwerkes für die gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (TUDCN) sind die Bemühungen um eine integrative Entwicklung.

Der Kampf gegen Steuerflucht, die Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerungen (BEPS), die Rückkehr zu einer progressiven Besteuerung und die Kampagne für eine Finanztransaktionssteuer sind zentrale Elemente der Bemühungen um Steuergerechtigkeit und die Regulierung der Finanzmärkte. Der Übergang zu langfristigen Investitionen ist eine unerlässliche Ambition für eine gerechtere wirtschaftliche Zukunft.

Die anhaltende Befürwortung einer Deregulierung der Arbeitsmärkte seitens der IFIs und der Widerstand gegen existenzsichernde Mindestlöhne und Tarifverhandlungen führen zu beruflicher Unsicherheit und werden auch weiterhin abgelehnt werden. Die G7 und die G20 bieten eine Möglichkeit, um für alternative wirtschaftspolitische Maßnahmen und einen globalen sozialen Dialog einzutreten. Die IAO und eine Änderung der Maßnahmen der OECD sind unerlässlich für die Förderung der Rechte, für Arbeitsplätze, faire Löhne, Sozialschutz und eine gerechte Wirtschaftspolitik.

Der IGB wird auch weiterhin gemeinsam mit dem TUAC an diesen und anderen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen arbeiten.

Migration

Angesichts von heute schätzungsweise 232 Millionen internationalen MigrantInnen weltweit lebt die Weltwirtschaft von Arbeitsmigration. Jede Region der Welt ist von Migration betroffen, wobei viele Länder inzwischen gleichzeitig Ursprungs-, Ziel- und Transitland sind. Darüber hinaus ist die Süd-Süd-Migration ein ebenso wichtiges Phänomen wie die Süd-Nord-Migration.

Obwohl es ein umfassendes internationales normatives Rahmenwerk zum Schutz der Rechte von MigrantInnen gibt, ist die Inkraftsetzung der Gesetze im Zusammenhang mit Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung bezüglich der Arbeitsbedingungen, einschließlich der Löhne, unzureichend.

Die Ratifizierung internationaler Normen, die die Rechte von ArbeitsmigrantInnen garantieren, erfolgt nur langsam. Bisher haben 49 Länder Ü97 über Wanderarbeiter ratifiziert und 23 Ü143 über Missbräuche bei Wanderungen und die Förderung der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung der Wanderarbeitnehmer (ergänzende Bestimmungen). Siebenundvierzig Länder haben die Internationale UN-Konvention von 1990 zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen unterzeichnet. Bei der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 2016 werden die IAO-Übereinkommen zum Thema Migration überprüft werden.

Verhandlungen über Arbeitskräftemobilität finden immer häufiger auf bilateraler oder regionaler Ebene statt, ohne eine angemessene Berücksichtigung des internationalen normativen Rahmenwerkes und der Verpflichtung zum Schutz der Rechte von MigrantInnen.

In den diversen Migrationsregelungen, die im Rahmen regionaler wirtschaftlicher Integrationsprozesse ausgehandelt werden, und in bilateralen Abkommen, die eine unterschiedliche Behandlung von Wanderarbeitskräften vorsehen, die genau die gleiche Arbeit verrichten, aber aus verschiedenen Ursprungsländern kommen, sind diskriminierende Praktiken verankert.

Die Anwerbungsbedingungen sind von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Migration und Beschäftigung von Wanderarbeitskräften. Die Arbeitsvermittler und Vermittlungsagenturen sind für eine breite Palette von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, und eine immer restriktivere Migrationspolitik spielt Menschenhändlern und -schmugglern direkt in die Hände.

Wir müssen Wanderarbeitskräfte zum Schutz ihrer Rechte auf Gleichbehandlung und Rechtsschutz sowie zur Gewährleistung eines rechtsgestützten Ansatzes bei der Lenkung der Migration organisieren.

Gefährdete Länder

Die IGB-Strategie für 'Gefährdete Länder' ist ein Kernprogramm zugunsten der Menschen- und Gewerkschaftsrechte mit einer expliziten Beobachtungsliste im Falle von Ländern, in denen die Demokratie und die Rechte unter Beschuss geraten sind. Unsere Mitgliedsorganisationen in diesen Ländern sind in Freiheitskämpfe verwickelt, Konflikten ausgesetzt, kämpfen gegen Diskriminierung und Unterdrückung, oder es gibt keine gesetzlichen Garantien für die grundlegenden Rechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

In bis zu zehn Ländern auf der Beobachtungsliste, in denen die Bedingungen dies zulassen, werden die Mitgliedsorganisationen 2015 intensive Kampagnenunterstützung erhalten, einschließlich detaillierter Pläne für die Organisation von Mitgliedern, untermauert durch juristische, mediale und andere nationale und internationale Aktionen.

Count Us In!

Frauen stellen durchschnittlich 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, aber lediglich 15 Prozent der führenden Gewerkschaftsvertreter/innen.

Stärkere Gewerkschaften aufzubauen, bedeutet, für repräsentativere Gewerkschaften zu sorgen, die die Vielfalt unserer Mitglieder auf allen Ebenen, inklusive der höchsten, wirklich widerspiegeln. Gewerkschaften, die sich für die wirtschaftlichen und sozialen Rechte von Frauen einsetzen, werden am effektivsten sein.

Die Erwerbsbeteiligungsquoten der Frauen liegen unverändert bei 26 Prozentpunkten unter denen der Männer; das geschlechtsbedingte Lohngefälle beträgt im Durchschnitt weiterhin etwa 20 Prozent; Frauen verrichten nach wie vor qualitativ schlechtere und unterbewertete Tätigkeiten und sind überdurchschnittlich häufig in informellen und atypischen Beschäftigungsverhältnissen angestellt und mit unbezahlten Pflegetätigkeiten betraut.

Die IAO-Initiative 'Frauen bei der Arbeit' anlässlich des hundertjährigen Bestehens der IAO bietet eine Gelegenheit, um sich mit den strukturellen Barrieren für eine effektive Erwerbsbeteiligung von Frauen auseinanderzusetzen.

Eine menschenwürdige Beschäftigung von Frauen ist der schnellste und nachhaltigste Weg, um das Wachstum und die Produktivität anzukurbeln. Wenn Frauen in gleicher Zahl erwerbstätig wären wie Männer, würde das BIP deutlich ansteigen: um vier Prozent in Frankreich, acht Prozent in Japan und sogar 34 Prozent in Ägypten.

Sparmaßnahmen und drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben im Pflegebereich bewirken jedoch, dass Frauen keinen wirksamen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu menschenwürdiger Arbeit haben.

Die Öffentlichkeit und die Politiker werden sich der Auswirkungen unbezahlter Pflegetätigkeiten auf eine wirksame Erwerbsbeteiligung von Frauen zunehmend bewusst.

Angesichts der in der Pflegewirtschaft benötigten Arbeitskräfte können sich mehr Frauen am Erwerbsleben beteiligen und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir brauchen eine Wirtschaftsagenda für Frauen als Bestandteil eines Beschäftigungs- und Wachstumsplans, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen, untermauert durch Kinderbetreuung und Altenpflege und familienfreundliche Arbeitsplätze.

Und wir müssen die Beteiligung von Frauen innerhalb der Gewerkschaften sowie in deren Führungsgremien ausbauen, weshalb Organisationsarbeit im Fokus der Kampagne Count Us In! stehen muss.

Hausangestellte: Kampagne 12 + 12

Seit der Annahme des IAO-Übereinkommens 189 und dem Beginn der weltweiten Kampagne '12 bis 12' hat sich eine beachtliche politische Dynamik zugunsten der Ausweitung der Rechte und Schutzmaßnahmen für Hausangestellte entwickelt: Fünfzehn Länder haben das IAO-Übereinkommen 189 ratifiziert, Dutzende Länder haben Arbeitsrechtsreformen beschlossen, und es wurden neue Tarifverträge abgeschlossen. Darüber hinaus sind rund 100.000 Hausangestellte einer Gewerkschaft beigetreten und der Internationale Hausangestelltenverband (International Domestic Workers Federation) wurde gegründet, ebenso wie 12 neue Gewerkschaften in 12 Ländern.

Mit der Kampagne wurden nationale Gewerkschaftsdachverbände, Gewerkschaften und Organisationen von Hausangestellten, Migranten-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen in mehr als 90 Ländern mobilisiert. Die Partnerschaften auf internationaler Ebene waren und sind dabei entscheidend. In den kommenden Jahren werden das Leben und die Rechte bei der Arbeit von über zehn Millionen Hausangestellten verbessert werden, einschließlich des Rechtes auf einen Mindest- oder höheren Lohn, auf Zugang zu Sozialschutz, einen Achtsturentag und einen arbeitsfreien Tag pro Woche.

Millionen Hausangestellte werden tagtäglich ausgebeutet, missbraucht oder zu Zwangsarbeit verdammt. Sie gehören keiner Gewerkschaft an bzw. haben nicht das Recht, einer beizutreten oder eine zu gründen. Der IGB wird ihnen bei ihrem Kampf für ein menschenwürdiges Leben und gute Arbeit zur Seite stehen. Der IGB-Weltkongress hat beschlossen, die Kampagne für mehr Ratifizierungen, Arbeitsrechtsreformen und die Organisation Tausender Hausangestellter fortzusetzen. Da das ursprüngliche Ziel dieser Kampagne erreicht wurde, wurde sie umbenannt in '12 + 12'.

Arbeitsschutz

Wir sind ferner entschlossen, uns künftig stärker auf den Arbeitsschutz zu konzentrieren und haben eine Sekretariats-Taskforce zu diesem Thema eingesetzt.

Gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

Das Netzwerk für die gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (TUDCN) bietet eine nützliche Basis für die Lobbyarbeit gegenüber nationalen und internationalen Entwicklungsinstitutionen und -prozessen. Es unterstützt den IGB und seine Mitgliedsorganisationen zudem bei der Harmonisierung strategischer politischer Prioritäten und der Finanzierung damit zusammenhängender Aktivitäten.

Empfehlung

Der Vorstand wird ersucht:

Die drei neuen 'Frontlines' und die laufenden Prioritäten des IGB zu billigen sowie alle Mitgliedsorganisationen dazu aufzurufen, sich aktiv an deren Umsetzung zu beteiligen;

Die Geber zu bitten, Unterstützung bei der Umsetzung der 'Frontlines' und Prioritäten durch direkte Finanzierung sowie durch die Anpassung bilateraler Programme in Erwägung zu ziehen.

Building Workers' Power

Frontlines 2015 – 2018
und Prioritäten für 2015



ITUC CSI IGB

IGB-Frontlines: Klimagerechtigkeit und industrieller Wandel

Überblick

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze.

Wir müssen den weltweiten Kohlenstoffausstoß bis 2050 reduzieren. Das erfordert massive Emissionssenkungen und Zugang für alle zu bahnbrechenden Technologien.

Die Gewerkschaften fordern ein globales Abkommen, industriellen Wandel zum Schutz und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie einen gerechten Übergang.

Die Mitgliedsorganisationen des IGB sind entschlossen, die Beschäftigten in neuen grünen Wirtschaftstätigkeiten zu organisieren, sowohl in der formellen als auch in der informellen Wirtschaft.

Das Arbeitnehmerkapital kann dabei eine Rolle spielen.

Der IGB-Bericht über grüne und menschenwürdige Arbeitsplätze ("Growing Green and Decent Jobs") hat beachtliche Beschäftigungsergebnisse durch grüne Wirtschaftsmaßnahmen in sechs Branchen aufgezeigt: Baugewerbe, Verkehrswesen, Energiewirtschaft, Landwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe und Wasserwirtschaft.

Es gibt zahlreiche Beispiele für Beschäftigungswachstum durch technologische Veränderungen in traditionellen und neuen Industrien und Dienstleistungsbereichen, und die Gewerkschaften stehen mit ihrer Lobbyarbeit in vielen Wirtschaftszweigen in vorderster Front. Unterstützung für Mitgliedsorganisationen bei der Forderung nach und Diskussion über einen industriellen Wandel muss eine Priorität sein.

Der IGB wird mit den Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, um Unterstützung für ein globales Abkommen als Rahmen für einen möglichen industriellen Wandel und als Garantie für einen gerechten Übergang zu mobilisieren.

Ziele

- Stärkere Herausstellung des Klimaschutzes auf der Agenda der Mitgliedsorganisationen sowie bei ihrer Lobbyarbeit gegenüber der Öffentlichkeit und den Regierungen im Rahmen der gewerkschaftlichen Klimaschutzkampagne 'Unions4Climate'.
- Organisation der Beschäftigten um Klima- und Umweltschutzfragen herum.
- Durchsetzung eines ehrgeizigen globalen Klimaschutzabkommens, das das Leben und die Arbeitsplätze erwerbstätiger Menschen schützt, indem es dafür sorgt, dass alle Zugang zu bahnbrechenden Technologien haben, indem es den industriellen Wandel aller Wirtschaftssektoren und Industrien lenkt und Maßnahmen für einen gerechten Übergang garantiert.

Strategie

- Förderung der gewerkschaftlichen Klimaschutzkampagne 'Unions for Climate', um die Führungsrolle und das Engagement der Gewerkschaften beim Kampf gegen den Klimawandel auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene stärker hervorzuheben.
- Ermutigung und Unterstützung mit Blick auf die Mobilisierung der Mitgliedsorganisationen und nachhaltige gewerkschaftliche Lobbyarbeit gegenüber den Regierungen für ein ehrgeizigeres globales Abkommen in Paris.
- Gemeinsam mit den französischen Mitgliedsorganisationen Ausrichtung eines gewerkschaftlichen Klimagipfels Anfang 2015 in Paris.
- Lobbyarbeit bei den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen (UNFCCC) und in anderen relevanten internationalen Foren.
- Gewährleistung einer lauten Stimme der Gewerkschaften bei den Debatten über eine nachhaltige Entwicklungspolitik, vor allem im Rahmen der UN-Prozesse im Zusammenhang mit 'nachhaltigen Entwicklungszielen'.
- Forschungsarbeit in Bezug auf Pläne für einen industriellen Wandel in sechs Ländern (zwei 2015, vier 2016).
- Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen in sechs Zielländern, um Beschäftigte an grünen Arbeitsplätzen zu organisieren.

Zielbereiche

ORGANISIERUNG

- Endgültige Festlegung der angepeilten Zahlen für jede Länderkampagne in Rücksprache mit Mitgliedsorganisationen und GUFs.

REGIERUNGEN

- Aktives politisches Engagement in sechs Ländern bis Ende 2015.

ARBEITGEBER

- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Lobbyarbeit und den Verhandlungen mit Arbeitgebern zum Thema gerechter Übergang und industrieller Wandel.

INVESTOREN

- Zusammenarbeit mit Pensionsfonds und gewerkschaftlichen Treuhändern (über den Ausschuss für Arbeitnehmerkapital – CWC) in Bezug auf langfristige Investitionsstrategien, die Investitionen in die Infrastrukturentwicklung und den industriellen Wandel fördern.

Forschung

- IGB-Frontlines-Bericht zum Klimaschutz: Vorstellung auf dem Gewerkschaftsgipfel zum Thema Klima und Beschäftigung (März 2015)
- Technologische Entwicklungen, die einen industriellen Wandel ermöglichen – regelmäßige Aktualisierungen

IGB-Frontlines: Sklaverei beenden

Überblick

Die Beendigung von Sklaverei ist eine Rechtsfrage und ein moralisches Gebot. Schätzungen zufolge gibt es 29 Millionen moderne Sklaven weltweit. Die Mehrheit der Opfer ist zwischen 18 und 24 Jahren alt. Jedes Jahr werden Profite in Höhe von nahezu 22 Milliarden Dollar mit der Ausbeutung von Menschen gemacht, die wie Sklaven behandelt werden. Fast die Hälfte dieser Profite wird in der industrialisierten Welt gemacht.

Das Sklaverei-Modell Katars ist inzwischen zu einem globalen Skandal geworden, aber es wird weiterbestehen, wenn wir nicht nachdrücklicher von allen Nationen die Ausmerzung von Sklaverei und Zwangsarbeit fordern. Das Kafala-System und andere derartige Auswüchse der Unterdrückung müssen beendet werden.

Im Mittelpunkt wird weiterhin unsere Katar-Kampagne stehen, mit verstärktem Fokus auf dem Ruf der Unternehmen und auf internationalen Investitionen.

Wir werden uns anhand des Modells der Hausangestelltenkampagne '12 bis 12' um die Ratifizierung des 'Zwangsarbeitsprotokolls' der IAO in 15 Zielländern im Jahr 2015 bemühen, mit

- dem Ziel einer Ratifizierung und Arbeitsgesetzreform;
- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen (sowohl in Zielländern als auch in Einflusszentren); und
- der Organisation der Beschäftigten.

Es gibt zudem Überschneidungen mit der Frontlines-Kampagne zur Eindämmung der Macht der Unternehmen, da wir Sklaverei in globalen Lieferketten beenden müssen.

Ziele

- Fünfzehn Länder ratifizieren 2015 das IAO-Zwangsarbeitsprotokoll.
- Fünf zielgerichtete Länderkampagnen zur Beseitigung von Sklaverei; Organisation der Beschäftigten mit Blick auf Kampagnen für Vereinigungsfreiheit und die Beendigung des Kafala-Systems in Katar und anderen Golfstaaten.

Strategie

- Beteiligung der Mitgliedsorganisationen an der globalen Kampagne des IGB für die Ratifizierung des Zwangsarbeitsprotokolls und gesetzliche Reformen.
- Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen in Zielländern, um Beschäftigte zu organisieren, die im Kafala-System gefangen sind oder in vergleichbarer Weise versklavt werden. Sofern angemessen, werden die Mitgliedsorganisationen in den Entsendeländern darin einbezogen werden.

Zielbereiche

ORGANISIERUNG

- Endgültige Festlegung der angepeilten Zahlen für jede Länderkampagne im Rahmen nationaler Kampagnenpläne.

REGIERUNGEN

- 15 Länder ratifizieren das Protokoll bis Ende 2015.

ARBEITGEBER

- In Katar tätige Bauunternehmen; Arbeitgeber in der Landwirtschaft in Russland, Usbekistan und Paraguay; Arbeitgeber von Hausangestellten in Mauretanien.

IGB-Frontlines: Die Macht der Unternehmen in Lieferketten eindämmen

Überblick

Die zunehmende Macht der Unternehmen und die Verminderung der Rechte, Löhne und sicheren Arbeitsplätze hängen direkt miteinander zusammen. Die Wirtschaft diktiert den Regierungen die politischen Maßnahmen.

Zweiundsechzig Prozent der Menschen weltweit wollen die Macht der Unternehmen eingedämmt sehen. Dieser Herausforderung kann nur mit einem integrierten globalen und nationalen Ansatz begegnet werden.

Die Macht der Unternehmen, Gewinne und Ausbeutung hängen zunehmend von einem auf Verarmung basierenden Handelsmodell ab: globale Lieferketten und ein Welthandel, der Millionen Beschäftigte in Armut und prekärer Arbeit gefangen hält.

Sechzig Prozent des Welthandels (20 Billionen Dollar) hängen von Verträgen im Rahmen von Lieferketten in unterschiedlichen Teilen der Welt ab.

Die finanzielle Komponente der Lieferketten wird immer spekulativer. Dies wirkt sich auf die Kosten der Waren aus und trägt zur Bereicherung einiger weniger über ihre Bedürfnisse hinaus bei.

Unterdessen werden die Beschäftigten in der Realwirtschaft durch Lieferketten ausgebeutet, die auf billigen Arbeitskräften, der Verweigerung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte, Hungerlöhnen und unsicheren oder prekären Tätigkeiten basieren. Dieses Modell beutet Frauen und MigrantInnen rücksichtslos aus.

Die Integration von Zulieferung, Produktion, Transport und Logistik hat zur Folge, dass alle Unternehmen in diesem Netz gefangen sind, und das führt zu größerer Ungleichheit und extremer Armut.

Die Unternehmen tragen Verantwortung für die Beschäftigten in ihre Lieferketten. Es gibt innerstaatliches und internationales Recht, die Leitlinien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte (Ruggie-Prinzipien), die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die IAO-Erklärung über multinationale Unternehmen, eine ganze Industrie im Wert von 80 Milliarden Dollar, die sich mit der sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen (CSR) befasst, und dennoch wird an der sinnlosen Forderung nach einer größeren Handelsliberalisierung und einer verstärkten Flexibilisierung des Arbeitsmarktes festgehalten.

Die Unternehmen müssen in ihren Heimatländern heute kaum gesetzlich für Rechtsverstöße haften, zu denen sie in ihren Lieferketten beitragen. Die Lieferketten sind in der Tat so strukturiert, dass die Haftung begrenzt ist, so dass die Unternehmen die Möglichkeit haben, von gesetzlosen Zulieferern und Ländern zu profitieren, die nicht in der Lage oder nicht bereit sind, die Gesetze in Kraft zu setzen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die informelle Wirtschaft und Sklaverei/Zwangsarbeit inzwischen Bestandteil der ausbeuterischsten Formen des Modells sind.

Wenn wir die Macht der Unternehmen eindämmen wollen, müssen wir globale Lieferketten ins Visier nehmen. Die Kampagne für existenzsichernde Mindestlöhne, für sichere Beschäftigungsverhältnisse, die Formalisierung informeller Tätigkeiten in Lieferketten und die Ausmerzung von Sklaverei in Lieferketten ist eine Kampagne, die wir gewinnen können.

Ziele

- Aufbau stärkerer Gewerkschaften.
- Durchsetzung existenzsichernder Mindestlöhne auf der Grundlage nachhaltiger Systeme.
- Gewährleistung von Sozialschutz.
- Veränderung des Verhaltens der Unternehmen in ihren Lieferketten, damit sie:
 - » Zwangsarbeit und informelle Tätigkeiten beenden;
 - » einen Mindestlohn zahlen;
 - » Tarifverhandlungen ausweiten und die Arbeitsplätze sicherer machen.

Strategie

KAMPAGNE VOR ORT

- Organisation: Nutzung der Kampagne zur zahlenmäßigen und generellen Stärkung der Gewerkschaft auf Länderebene. (Ziel 1)
- Mobilisierung der Beschäftigten, um Druck auf Regierungen und Unternehmen auszuüben, um Folgendes zu erreichen:
 - » einen existenzsichernden Mindestlohn (Ziel 2);
 - » sozialen Basisschutz (Ziel 3) und
 - » ein verändertes Verhalten von Unternehmen/Lieferketten (Ziel 4).

ÜBERGEORDNETE KAMPAGNE

- Unternehmensspezifische Kampagne: Entwicklung einer Dialog- und Kampagnenstrategie mit:
 - Skandalberichten in den Medien/sozialen Medien, um Verarmung in Lieferketten aufzudecken;

- Digitalen und Offline-Kampagnen: Gegenüberstellung derjenigen, die bereit sind, einen Mindestlohn zu zahlen und derjenigen, die nicht dazu bereit sind;
- Verbraucher-/Gemeinschaftssolidarität: Kosten für die Unternehmen;
- Arbeitnehmerkapitalstrategien: wirtschaftliche/investitionsrelevante Folgen.

GESETZGEBUNG UND RECHTSSTREITIGKEITEN

- Durchsetzung von Gesetzen in fünf Ländern, um multinationale Unternehmen für Arbeitnehmerrechte, existenzsichernde Mindestlöhne, das Beschäftigungsverhältnis und sichere Arbeit in globalen Lieferketten verantwortlich zu machen.
- Nutzung von Rechtsstreitigkeiten/juristischen Strategien, u.a.:
 - » Klagen bei der IAO;
 - » Innerstaatliche Gerichte: Nichtzahlung der Löhne, missbräuchliches Arbeitsverhältnis;
 - » OECD-Leitsätze, Beschwerden;
 - » Handelspräferenzsysteme, Beschwerden und internationale Schiedsverfahren bezüglich Vorteilen;
 - » Vergaberecht, um Druck auf Unternehmen und Verträge für öffentliche Auftragsvergaben auszuüben.

Zielbereiche

ORGANISIERUNG

- 250.000 neue Mitglieder

REGIERUNGEN

- Kambodscha, Philippinen, Indonesien, Bangladesch, Hongkong

ARBEITGEBER

- Globale Marken in der Textilindustrie, im verarbeitenden Gewerbe, im Verkehrswesen und in der Logistik

ANDERE

- Amerikanische Handelskammer

IGB-Priorität: Gefährdete Länder

Überblick

Die IGB-Strategie für 'Gefährdete Länder' ist ein Kernprogramm zugunsten der Menschen- und Gewerkschaftsrechte mit einer expliziten Beobachtungsliste im Falle von Ländern, in denen die Demokratie und die Rechte unter Beschuss geraten sind. Unsere Mitgliedsorganisationen in diesen Ländern sind in Freiheitskämpfe verwickelt, Konflikten ausgesetzt, kämpfen gegen Diskriminierung und Unterdrückung, und es gibt keine gesetzlichen Garantien für die grundlegenden Rechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

In bis zu zehn Ländern auf der Beobachtungsliste, in denen die Bedingungen dies zulassen, werden die Mitgliedsorganisationen 2015 intensive Kampagnenunterstützung erhalten, einschließlich detaillierter Pläne für die Organisation von Mitgliedern, untermauert durch juristische, mediale und andere nationale und internationale Aktionen.

GEFÄHRDETE LÄNDER

Beobachtungsliste			Zielländer
Afghanistan	Guinea	Pakistan	Bahrain
Algerien	Haiti	Palästina	Kambodscha
Bangladesch	Iran	Paraguay	Honduras
Weißrussland	Irak	Philippinen	Fidschi
Zentralafrikan. Republik	Kasachstan	Katar	Guatemala
Kolumbien	Korea	Somalia	Swasiland
DR Kongo	Mali	Syrien	Simbabwe
Ägypten	Mexiko	USA	
Griechenland	Myanmar	Hongkong	

Ziele

- Organisationsarbeit zum Aufbau von Gewerkschaften und zur Unterstützung von Gewerkschaftsaktionen
- Förderung der Vereinigungsfreiheit und der Tarifverhandlungen in Gesetzgebung und Praxis
- Weniger informelle und prekäre Tätigkeiten in Zielländern

Strategie

- Organisationsarbeit: Kapazitätsausbau/Unterstützung für Mitgliedsorganisationen bei der Förderung der Rechte
- Offenlegung staatlicher Untätigkeit und/oder Komplizenschaft bei der Verweigerung von Vereinigungsfreiheit und anderen grundlegenden Arbeitnehmerrechten
- Regionale/globale Solidaritätsaktionen zur Unterstützung gefährdeter Länder
- Soziale Medien- und digitale Kampagnenaktionen
- IAO-Klagen und andere juristische Strategien
- Lobbyarbeit gegenüber Regierungen und internationalen Institutionen, inkl. Handelssanktionen
- Unterstützung der Globalen Gewerkschaftsaktionen bei betrieblichen Konflikten
- Bewertung der einzelnen Länder für den Globalen Rechtsindex des IGB

Zielbereiche

- Regierungen
- Unternehmen
- IAO-Normensetzung
- IAO-Überwachungssystem, Klagen
- OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, Beschwerdeverfahren
- Gesetzgebungsorgane, innerstaatliche Gerichte, Gerichte für Menschenrechtsverletzungen und regionale Gerichte/Kommissionen
- Erhöhung der Gewerkschaftsmitgliederzahlen um zwei Prozent

IGB-Prioritäten: Count Us In!

Überblick

Frauen stellen durchschnittlich 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, aber lediglich 15 Prozent der führenden Gewerkschaftsvertreter/innen.

Stärkere Gewerkschaften aufzubauen, bedeutet, für repräsentativere Gewerkschaften zu sorgen, die die Vielfalt unserer Mitglieder auf allen Ebenen, inklusive der höchsten, wirklich widerspiegeln. Wir brauchen Gewerkschaften, die sich für die wirtschaftlichen und sozialen Rechte von Frauen einsetzen.

Die Erwerbsbeteiligungsquoten der Frauen liegen unverändert bei 26 Prozentpunkten unter denen der Männer; das geschlechtsbedingte Lohngefälle beträgt im Durchschnitt weiterhin etwa 20 Prozent; Frauen verrichten nach wie vor qualitativ schlechtere und unterbewertete Tätigkeiten und sind überdurchschnittlich häufig in informellen und atypischen Beschäftigungsverhältnissen angestellt und mit unbezahlten Pflegetätigkeiten betraut.

Die IAO-Initiative 'Frauen bei der Arbeit' anlässlich des hundertjährigen Bestehens der IAO bietet eine Gelegenheit, um sich mit den strukturellen Barrieren für eine effektive Erwerbsbeteiligung von Frauen auseinanderzusetzen.

Eine menschenwürdige Beschäftigung von Frauen ist der schnellste und nachhaltigste Weg, um das Wachstum und die Produktivität anzukurbeln. Wenn Frauen in gleicher Zahl erwerbstätig wären wie Männer, würde das BIP deutlich ansteigen: um vier Prozent in Frankreich, acht Prozent in Japan und sogar 34 Prozent in Ägypten.

Sparmaßnahmen und drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben im Pflegebereich bewirken jedoch, dass Frauen keinen wirksamen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu menschenwürdiger Arbeit haben.

Die Öffentlichkeit und die Politiker werden sich der Auswirkungen unbezahlter Pflegetätigkeiten auf eine wirksame Erwerbsbeteiligung von Frauen zunehmend bewusst.

Angesichts der in der Pflegewirtschaft benötigten Arbeitskräfte können sich mehr Frauen am Erwerbsleben beteiligen und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir brauchen eine Wirtschaftsagenda für Frauen als Bestandteil eines Beschäftigungs- und Wachstumsplans, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen, untermauert durch Kinderbetreuung und Altenpflege und familienfreundliche Arbeitsplätze.

Und wir müssen die Beteiligung von Frauen innerhalb der Gewerkschaften sowie in deren Führungsgremien ausbauen, weshalb Organisationsarbeit im Fokus der Kampagne 'Count Us In!' stehen muss.

Ziele

- Aufbau stärkerer, repräsentativerer Gewerkschaften.
- Ausweitung der effektiven Erwerbsbeteiligung von Frauen, u.a. durch die Umverteilung unbezahlter Pflegetätigkeiten.
- Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze in der Pflegewirtschaft.

Strategie

- Lobbyarbeit für angemessene Investitionen im Pflegebereich und die Festlegung innerstaatlicher Beschäftigungsziele seitens der Regierungen.
- Zusammenarbeit mit feministischen Ökonominnen und Frauenrechtsorganisationen, um die Regierungen zur Festlegung einer Wirtschaftsagenda für Frauen zu veranlassen.
- Organisationsarbeit um Pflege Themen herum.
- Die Mitgliedsorganisationen beteiligen sich an der Kampagne 'Count Us In!' für Frauen in Führungspositionen und entwickeln nationale Aktionspläne, um die Kampagnenziele zu erreichen.

Zielbereiche

ORGANISIERUNG

- Gewerkschaftliche Organisation von 50.000 Frauen im Jahr 2015.

REGIERUNGEN

- Innerstaatliche Regierungen, Kommunalverwaltungen, zwischenstaatliche Institutionen und Foren investieren im Pflegebereich und legen Beschäftigungsziele für Frauen fest.

ARBEITGEBER

- Auf betrieblicher, sektoraler und Dachverbandsebene, wo die Frauenbeteiligung stagniert.

ANDERE

- Netzwerke von Wirtschaftsexperten und Think Tanks ermutigen zu erneutem Fokus auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Pflegewirtschaft.

IGB-Prioritäten: Hausangestellte – Kampagne ‘12 + 12’

Überblick

Seit der Annahme des IAO-Übereinkommens 189 und dem Beginn der weltweiten Kampagne ‘12 bis 12’ hat sich eine beachtliche politische Dynamik zugunsten der Ausweitung der Rechte und Schutzmaßnahmen für Hausangestellte entwickelt: Fünfzehn Länder haben das IAO-Übereinkommen 189 ratifiziert, Dutzende Länder haben Arbeitsrechtsreformen beschlossen, und es wurden neue Tarifverträge abgeschlossen. Darüber hinaus sind rund 100.000 Hausangestellte einer Gewerkschaft beigetreten und der Internationale Hausangestelltenverband (International Domestic Workers Federation) wurde gegründet, ebenso wie 12 neue Gewerkschaften in 12 Ländern.

Mit der Kampagne wurden nationale Gewerkschaftsdachverbände, Gewerkschaften und Organisationen von Hausangestellten sowie Migranten-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen in mehr als 90 Ländern mobilisiert. Die Partnerschaften auf internationaler Ebene waren und sind dabei entscheidend und haben in wenigen Jahren zu durchschlagenden Ergebnissen geführt: Das Leben und die Rechte bei der Arbeit von über zehn Millionen Hausangestellten wurden verbessert, einschließlich des Rechtes auf einen Mindest- oder höheren Lohn, auf Zugang zu Sozialschutz, einen Achtstundentag und einen arbeitsfreien Tag pro Woche.

Es gibt jedoch weitere Herausforderungen. Millionen Hausangestellte werden tagtäglich ausgebeutet, missbraucht oder zu Zwangsarbeit verdammt. Sie gehören keiner Gewerkschaft an bzw. haben nicht das Recht, einer beizutreten oder eine zu gründen. Der IGB wird ihnen bei ihrem Kampf für ein menschenwürdiges Leben und gute Arbeit zur Seite stehen. Der IGB-Weltkongress hat im Mai 2014 beschlossen, seine Kampagne fortzusetzen und sich um mehr Ratifizierungen, Arbeitsrechtsreformen und die Organisation Tausender Hausangestellter zu bemühen.

Ziele

- 12 + 12 Ratifizierungen
- Arbeitsrechtsreformen in fünf Ländern
- Gewerkschaftliche Organisation von 40.000 Hausangestellten

Strategie

- Konsultationen mit und Unterstützung für '12 + 12'-Teams in Ländern, die kurz vor einer Ratifizierung/Arbeitsrechtsreform stehen.
- Erhöhung des Drucks auf den Golfkooperationsrat (GKR) bezüglich der Ausweitung der Arbeitsgesetze auf ausländische Hausangestellte.
- Aufbau eines Netzwerkes von OrganisatorInnen und Ausbau der gewerkschaftlichen Organisierungskapazitäten.
- Förderung bewährter Praktiken bei der Organisation von Hausangestellten und Durchsetzung ihrer Rechte.
- Austausch von Nachrichten und aktuellen Meldungen über soziale Medien/Nachrichtenblätter/Sitzungen und unter den '12 + 12'-Partnern.

Zielbereiche

ORGANISIERUNG

- Ehrgeizige Organisationsziele in drei Ländern mit hohem Organisierungspotenzial: Brasilien, Indonesien und Indien.
- Bestimmung von 20 OrganisatorInnen in Ländern mit bereits vorhandenen Organisationsprogrammen/-kampagnen: zentralamerikanische Länder, Südafrika, USA, Paraguay, Chile, Senegal, Kenia, Ghana, Tansania, Philippinen, Nepal und Türkei.

REGIERUNGEN

- Drei Länder melden der IAO ihre Ratifizierung: Chile, Dominikanische Republik und Schweiz.
- Vier Länder schließen 2015 ihren Ratifizierungsprozess auf nationaler Ebene ab und verabschieden Arbeitsrechtsreformen: Finnland, Portugal, Belgien und Senegal.
- Feststellung weiterer Länder mit Ratifizierungs- bzw. Arbeitsrechtsreformpotenzial: z.B. Kasachstan, Aserbaidschan, Ghana, Kenia, Tansania.
- Kampagne für Rechte bei der Arbeit für ausländische Hausangestellte im GKR und im Libanon und gezielter Fokus auf Indonesien, Nepal, Malaysia und Kenia.

ARBEITGEBER

- Überwachung von Vermittlungsagenturen im GKR.

IGB-Prioritäten: Globale Lenkung der Migration

Überblick

Die Weltwirtschaft lebt von Arbeitsmigration. Es gibt heute schätzungsweise 232 Millionen internationale MigrantInnen weltweit. Jede Region der Welt ist von Migration betroffen, wobei viele Länder inzwischen gleichzeitig Ursprungs-, Ziel- und Transitland sind. Darüber hinaus ist die Süd-Süd-Migration ein ebenso wichtiges Phänomen wie die Süd-Nord-Migration.

Obwohl es ein umfassendes internationales normatives Rahmenwerk zum Schutz der Rechte von MigrantInnen gibt, ist die Inkraftsetzung der Gesetze im Zusammenhang mit Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung bezüglich der Arbeitsbedingungen, einschließlich der Löhne, unzureichend.

Die Ratifizierung internationaler Normen, die die Rechte von ArbeitsmigrantInnen garantieren, erfolgt nur langsam. Bisher haben 49 Länder Ü97 über Wanderarbeiter ratifiziert und 23 Ü143 über Missbräuche bei Wanderungen und die Förderung der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung der Wanderarbeitnehmer (ergänzende Bestimmungen). Siebenundvierzig Länder haben die Internationale UN-Konvention von 1990 zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen unterzeichnet. Bei der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 2016 werden die IAO-Übereinkommen zum Thema Migration überprüft werden.

Verhandlungen über Arbeitskräftemobilität finden immer häufiger auf bilateraler oder regionaler Ebene statt, ohne eine angemessene Berücksichtigung des internationalen normativen Rahmenwerkes und der Verpflichtung zum Schutz der Rechte von MigrantInnen.

In den diversen Migrationsregelungen, die im Rahmen regionaler wirtschaftlicher Integrationsprozesse ausgehandelt werden, und in bilateralen Abkommen, die eine unterschiedliche Behandlung von Wanderarbeitskräften vorsehen, die genau die gleiche Arbeit verrichten, aber aus verschiedenen Ursprungsländern kommen, sind diskriminierende Praktiken verankert.

Die Anwerbungsbedingungen sind von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Migration und Beschäftigung von Wanderarbeitskräften. Die Arbeitsvermittler und Vermittlungsagenturen sind für eine breite Palette von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, und eine immer restriktivere Migrationspolitik spielt Menschenhändlern und -schmugglern direkt in die Hände.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung hat sich zur Organisation von Wanderarbeitskräften zum Schutz ihrer Rechte auf Gleichbehandlung und Rechtsschutz sowie zur Gewährleistung eines rechtsgestützten Ansatzes bei der Lenkung der Migration verpflichtet.

Ziele

- Die globale, regionale und nationale Lenkung der Migration basiert auf dem rechtlichen und normativen Rahmen für die Menschenrechte.
- Die IAO baut ihre Rolle im globalen System für die Lenkung der Arbeitsmigration aus.
- Arbeitsmigration wird sicherer und fairer.
- Bessere Kohärenz und engere Verbindungen zwischen Migration und der Bekämpfung des Menschenhandels in nationalen, regionalen und globalen politischen Rahmenwerken.

Strategie

- Schaffung gewerkschaftlicher Kapazitäten zur Beteiligung an Verhandlungen über Arbeitskräfte-mobilität auf nationaler und regionaler Ebene und zur Überwachung der Inkraftsetzung diesbe-züglicher Abkommen.
- Ausweitung der bilateralen/multilateralen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften bei der Organisierung von Wanderarbeitskräften entlang von Migrationskorridoren.
- Feststellung maßgeblicher Regierungen entlang von Migrationskorridoren und Zusammenarbeit mit Partnern in der Zivilgesellschaft, um faktengestützte Kampagnen für Reformen und detaillier-te politische Veränderungen zu entwickeln.
- Mehr Ratifizierungen der IAO-Übereinkommen über Wanderarbeitskräfte und der UN-Konvention von 1990 vor Juni 2016.
- Ordnung schaffen bei internationalen Vermittlungsagenturen für Wanderarbeitskräfte durch:
 - » Gewerkschaftliche Organisierung in Arbeitskräfte-Lieferketten;
 - » Unterstützung der IAO-Initiative für eine faire Arbeitsvermittlung;
 - » Beiträge zur Arbeit der IAO und anderer UN-Organisationen bezüglich der Regulierung inter-nationaler Vermittlungsagenturen.

Zielbereiche

ORGANISIERUNG

- Gewerkschaftliche Organisation von 30.000 MigrantInnen.

REGIERUNGEN

- Ausrichtung von Ratifizierungskampagnen auf die Regierungen einzelner Länder, insbesondere auf die von Mauretanien, Ghana, Kenia, Argentinien, Kolumbien, Guatemala oder Costa Rica, Armenien und Moldawien; zwischenstaatliche Institutionen, Foren und Prozesse.

ARBEITGEBER

- Arbeitgeber in Branchen, die stark auf Wanderarbeitskräfte zurückgreifen, darunter das Baugewerbe, die Textil- und Bekleidungsindustrie, Hotels und Gaststätten sowie die Landwirtschaft; Nutzer internationaler Vermittlungsagenturen.

IGB-Prioritäten: Organisation

Überblick

Der vom IGB-Weltkongress 2014 erteilte Auftrag lautet “Building Workers’ Power”. Nachhaltige Organisationsarbeit mit Blick auf das Wachstum und die Stärkung der Gewerkschaften ist nur möglich, wenn sich die Beschäftigten für die Themen engagieren, die ihr Leben verbessern werden, einschließlich Löhnen, Sicherheit, sicherer Arbeitsplätze, Rechten und Sozialschutz.

Weltweit gibt es rund 2,9 Milliarden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Lediglich 60 Prozent sind in der formellen Wirtschaft beschäftigt, unter zunehmend prekären Bedingungen, während 40 Prozent verzweifelt versuchen, sich in der informellen Wirtschaft über Wasser zu halten, in der es keine Regeln, keine existenzsichernden Mindestlöhne, keine Rechte und keinen Sozialschutz gibt.

Die Herausforderung für die globale Gewerkschaftsbewegung auf allen Ebenen besteht darin, Organisationsarbeit zu verrichten, sowohl in der formellen als auch in der informellen Wirtschaft.

Die Globale Organisationsakademie des IGB ist inzwischen etabliert, mit leitenden regionalen OrganisatorInnen in Lateinamerika, Asien/Pazifik, Afrika und Nahost/Nordafrika. Sie koordinieren und unterstützen das Netzwerk geschulter ‘leitender OrganisatorInnen’, erfahrener OrganisatorInnen, die betriebliche Kampagnen koordinieren.

Die Akademie hat 34 leitende OrganisatorInnen und etwa 350 ihrer OrganisatorInnen geschult, ein Mentoring-Programm eingeführt, zwei neue Kurse konzipiert (einen für leitende OrganisatorInnen und einen Einführungskurs für betriebliche OrganisatorInnen) und die Schulung von Jugendausschuss-Delegierten sowie von VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen, die an anderen prioritären Programmen des IGB (z.B. ‘Gefährdete Länder’ und ‘Hausangestellte’) beteiligt sind, unterstützt.

Während des Jahres 2015 werden die Schulungsmaßnahmen ausgeweitet, um die Erreichung der Organisationsziele in sämtlichen Frontline- und prioritären Bereichen des IGB zu unterstützen. Zudem werden GUF-Vorschläge integriert werden.

Ziel des IGB ist es, bis 2018 20 Millionen zusätzliche Mitglieder zu organisieren.

Ziele

- Ausbau der Gewerkschaftskapazitäten mit Blick auf die Organisierung und Anwerbung neuer Mitglieder.
- Aufbau einer Organisierungskultur innerhalb der Mitgliedsgewerkschaften.
- Qualifizierung leitender OrganisatorInnen, die zur Erreichung der Gewerkschaftsziele beitragen können.
- Verankerung eines Mentoring-Programms und Einrichtung eines globalen Netzwerkes leitender OrganisatorInnen.

Strategie

- Organisation regionaler Schulungsmaßnahmen für leitende OrganisatorInnen.
- Aufbau und Unterstützung eines Pools von OrganisatorInnen in jedem Pilotland/IGB-Programm.
- Vertiefung des Mentoring-Programms und der betrieblichen organisierungsrelevanten Schulungsmaßnahmen in Pilotländern.
- Unterstützung eines globalen Netzwerkes hoch qualifizierter OrganisatorInnen.

Zielbereiche

- Schulung 25 zusätzlicher leitender OrganisatorInnen in jeder Region (Afrika, Asien/Pazifik, Gesamtamerika, Nahost/Nordafrika, Europa/PERR).
- Aufbau eines Pools mit 50 OrganisatorInnen auf nationaler Ebene in jedem der 25 Pilotländer (fünf in jeder Region).

IGB-Priorität: Globale Kohärenz

Überblick

Die Herausforderungen auf dem Gebiet der globalen Kohärenz sind angesichts des stagnierenden Wachstums, des historischen Höchststands der Arbeitslosigkeit, der rückläufigen Lohnquote und der Angriffe auf den Sozialschutz dort, wo es ihn gibt, immens. Die Ungleichheit wächst, die Lohnquote ist so niedrig wie selten und die sich rapide ausweitenden Lieferketten, die inzwischen zum vorherrschenden Handelsmodell geworden sind, lassen die Beschäftigten verarmen. Die Zunahme prekärer Tätigkeiten und Sicherheit am Arbeitsplatz sind zentrale Themen für die Gewerkschaften überall.

Die Bedrohung von Menschenleben und Existenzgrundlagen durch den Klimawandel stellt eine erhebliche globale Gefahr dar. Eine der zentralen Kampagnen des IGB zielt auf Klimagerechtigkeit ab.

Der IGB bemüht sich hinsichtlich dieser Fragen um Maßnahmen, die Investitionen in Arbeitsplätze und die Ankurbelung der Nachfrage durch faire Löhne und Sozialschutz in den Mittelpunkt von Wirtschaftswachstum und sozialer Gerechtigkeit rücken.

Die Post-2015-Nachhaltigkeitsziele der UN müssen Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit beinhalten, ebenso wie Sozialschutz für alle. Weitere unerlässliche Elemente sind die Gleichstellung der Geschlechter, hochwertige Bildung für alle, eine bezahlbare Gesundheitsversorgung sowie Ernährungs- und Energiesicherheit.

Wir werden Handelsabkommen ablehnen, die Mechanismen zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS) vorsehen, den öffentlichen Dienst untergraben oder den innenpolitischen Spielraum begrenzen bzw. es versäumen, für die Einhaltung der Kernarbeitsnormen zu sorgen.

Eine weitere zentrale Kampagne zielt auf die Eindämmung der Macht der Unternehmen in Lieferketten ab. Schwerpunkte werden 2015 wieder die verbesserte Inkraftsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie Beiträge zur IAO-Diskussion über Lieferketten sein.

Ein wesentlicher Schwerpunkt des Netzwerkes für die gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (TUDCN) sind die Bemühungen um eine integrative Entwicklung.

Der Kampf gegen Steuerflucht, die Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerungen (BEPS), die Rückkehr zu einer progressiven Besteuerung und die Kampagne für eine Finanztransaktionssteuer sind zentrale Elemente der Bemühungen um Steuergerechtigkeit. Die Regulierung der Finanzmärkte und der Übergang zu langfristigen Investitionen sind unerlässliche Ambitionen für eine gerechtere wirtschaftliche Zukunft.

Die anhaltende Befürwortung einer Deregulierung der Arbeitsmärkte seitens der IFIs und ihr Widerstand gegen existenzsichernde Mindestlöhne und Tarifverhandlungen vergrößern die berufliche Unsicherheit der Menschen. Diese Politik werden wir auch weiterhin ablehnen. Die G7 und die G20 bieten eine Möglichkeit, um für alternative wirtschaftspolitische Maßnahmen und einen globalen sozialen Dialog einzutreten. Die Stärkung der Rolle und des Einflusses der IAO in Verbindung mit einer Änderung der politischen Empfehlungen der OECD ist unerlässlich für die Förderung der Rechte, für Arbeitsplätze, faire Löhne, Sozialschutz und eine gerechte Wirtschaftspolitik.

Der IGB wird auch weiterhin gemeinsam mit dem TUAC an diesen und anderen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen arbeiten.

Ziele

- Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit und deren Einbeziehung in die Post-2015-Nachhaltigkeitsziele der UN
- Sozialschutz für alle, einschließlich eines sozialen Basisschutzes im Rahmen der Post-2015-Nachhaltigkeitsziele der UN
- Lohnerhöhungen und Abbau von Einkommensungleichheiten, u.a. durch existenzsichernde Mindestlöhne und Tarifverhandlungen
- Eine wirksame Finanzmarktregulierung, ein Ende der Steuerhinterziehung und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS)
- Ein globales Abkommen über Klimaschutz, industriellen Wandel und Maßnahmen für einen gerechten Übergang
- Eine effiziente Verwaltung des Arbeitnehmerkapitals und Anwendung langfristiger Investitionsgrundsätze
- Eine integrative Entwicklung
- Achtung der Menschenrechte der ArbeitnehmerInnen seitens multinationaler Unternehmen, auch in Lieferketten
- Ein fairer Handel mit multilateralen Regeln, die die Arbeitnehmerrechte fördern und innenpolitischen Spielraum garantieren, auch bezüglich des öffentlichen Dienstes
- IFIs, OECD und G7/G20 ändern ihre Empfehlungen zugunsten von Maßnahmen zur Bewältigung des Beschäftigungsdefizits und der Ungleichheit, die zu einem integrativen Wachstum beitragen

Strategie

- Forschungsarbeit und Eintreten für alternative wirtschaftspolitische Maßnahmen zugunsten von Arbeitsplätzen, Löhnen und Sozialschutz (integratives Wachstum).
- Lobbyarbeit für die Integration der IGB-Ziele in die Post-2015-Nachhaltigkeitsziele der UN.
- Kampagne für multilaterale Handelsregeln und Rechte und gegen Handelsabkommen, die im Widerspruch zu den Strategien und Prinzipien des IGB stehen.
- Mobilisierung für ein globales Abkommen über Klimaschutz und einen gerechten Übergang.

- Intensivierung des sozialen Dialogs innerhalb der IAO, der OECD, der G7, der G20, regionaler Wirtschaftsblöcke und internationaler Einrichtungen für Entwicklung und Klimaschutz.
- Folgemaßnahmen zum Projekt der OECD für neue Herangehensweisen an wirtschaftliche Herausforderungen ('New Approaches to Economic Challenges' – NAEC), damit die politischen Empfehlungen geändert werden.
- Entwicklung unternehmensspezifischer Strategien und Aktionärsaktionen zugunsten einer verantwortungsvollen Investition des Arbeitnehmerkapitals.
- Unterstützung der Verhandlungen und Klagen bei der IAO, zusammen mit Fällen im Rahmen der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und Kampagnen der Mitgliedsorganisationen zur Stärkung der Nationalen Kontaktstellen, Verdeutlichung der Gewerkschaftsbeiträge zum Thema Sorgfaltspflicht in Lieferketten und Nutzung weiterer Möglichkeiten zur Eindämmung der Macht der Unternehmen.

Zielbereiche

- Regierungen
- IFIs
- UN
- OECD
- Nationale Kontaktstellen
- Pensionsfonds und Vermögensverwalter
- Spezifische Unternehmen

3. IGB-WELTKONGRESS BERLIN, 18. – 23. MAI 2014



BUILDING WORKERS' POWER

Kongresserklärung

INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSBUND

Die Menschen fühlen sich von ihren Regierungen verlassen

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, verfolgen die Staats- und Regierungschefs und die internationalen Institutionen eine Wirtschaftsagenda, die zu mehr Ungleichheit und zu verheerender Arbeitslosigkeit geführt hat und Demokratien überall untergräbt.

- Sie haben sich nicht für die Maßnahmen eingesetzt, die notwendig sind, um sichere und integrative Demokratien und einen nachhaltigen Planeten für das 21. Jahrhundert zu gewährleisten.
- Sie haben es versäumt, eine solide globale Wirtschaft aufzubauen, was den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien enorme Kosten verursacht hat.
- Sie haben es versäumt, die Rekordarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, jungen Menschen Chancen zu bieten und das Wachstum prekärer und informeller Arbeitsverhältnisse zu stoppen.
- Sie haben es versäumt, für eine gesunde Umwelt zu sorgen und den Klimawandel in den Griff zu bekommen.
- Sie haben es versäumt, Atomwaffen abzuschaffen und für globalen Frieden zu sorgen.

Selbst das „soziale Europa“, in dem Rechte und Schutzvorkehrungen traditionell fest verankert sind, ist unter Beschuss geraten.

Es herrscht tiefes Misstrauen gegenüber den Institutionen, da die Menschen zunehmend das Vertrauen in Regierungen verlieren, die den Wirtschaftsinteressen eine höhere Priorität einräumen als dem Wohl der Erwerbsbevölkerung.

Die Hälfte der Weltbevölkerung hat direkt oder über ihre Familien Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit gemacht, über 50 Prozent gehen einer ungeschützten oder irregulären Beschäftigung nach, und 40 Prozent kämpfen im informellen Sektor verzweifelt ums Überleben.

Überall auf der Welt sind die Gewerkschaften federführend im Kampf für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, mit Strategien, die auf einer gerechten Einkommensverteilung anstelle der leeren Versprechungen neoliberaler Sparmaßnahmen basieren.

Wir wissen, dass die Menschen gute Arbeit, sozialen Basisschutz und einen existenzsichernden Mindestlohn brauchen. Leider wird Hunderten Millionen Menschen gegenwärtig jedoch das Recht auf einen Mindestlohn, von dem sie in Würde leben können, verweigert, und mehr als 75 Prozent der Menschen sind entweder überhaupt nicht oder nur unzureichend sozial abgesichert.

Das Wohlergehen der Konzerne, das die öffentliche Politik zunehmend beherrscht, darf nicht auf Kosten des Sozialschutzes gehen. Angesichts der eskalierenden Dominanz des US-amerikanischen Unternehmensmodells sind wir entschlossen, die Angriffe auf den Tarifprozess abzuwehren, die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse in der informellen Wirtschaft zu verringern und Lohn- und Sozialdumping zu beenden. Zweiundsechzig Prozent der Menschen erwarten von ihrer Regierung, dass sie die Macht der Unternehmen beschneidet.

Überall dort, wo die Gewerkschaften um diese Themen herum Organisationsarbeit verrichten, wird die internationale Gewerkschaftsbewegung sie uneingeschränkt unterstützen. Darum geht es bei diesem Kongress.

Die globale Wirtschaft

Die ‚Strukturanpassungspolitik‘ der 80er und 90er Jahre des letzten Jahrhunderts hat die Entwicklung in den ärmeren Ländern gelähmt, und die heutige ‚Sparpolitik‘ hat der Beschäftigung, dem Wachstum und der Inklusion in zu vielen Industrieländern geschadet.

Die globale Wirtschaft ist 2014 nicht sicherer als vor sieben Jahren. Wir befinden uns jetzt in einer Krise der Arbeitslosigkeit und Ungleichheit, die sowohl unsere Volkswirtschaften als auch unsere Gesellschaften lähmt.

Die Wirtschaft und die sie unterstützenden Politiker haben die große Rezession dazu benutzt, um das Machtgleichgewicht auf Kosten einfacher Menschen nachdrücklich in Richtung auf Großkonzerne zu verlagern. Sie haben die von den Gewerkschaften und anderen progressiven Kräften in Jahrzehnten erzielten Fortschritte untergraben.

Wirtschaftliche Entscheidungen wie die Begrenzung von Tarifverhandlungen schränken die Rechte der Menschen ein und haben das Vertrauen in die Regierungen untergraben. Lediglich 13 Prozent der im Rahmen der weltweiten Umfrage des IGB im Jahr 2013 befragten Personen sind der Ansicht, dass die Interessen der Arbeitnehmer/innen und ihrer Familien für ihre Regierung im Vordergrund stehen, während viele glauben, dass die Unternehmen über zu viel Macht verfügen.

Trotz der überwältigenden Belege dafür, dass neoliberale Maßnahmen destruktiv und wirkungslos sind, drängen die internationalen Finanzinstitutionen die Regierungen weiterhin dazu, sich der Macht der Finanzmärkte zu beugen, und die Regierungen haben sich davon einschüchtern lassen. Die Regulierungsstellen haben die Wirtschaftskrise weder vorhergesehen noch verhindert, und sie sind nach wie vor nicht in der Lage, die Gier und Zerstörung spekulativer Kapitalbewegungen zu verhindern. Die Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung sind lächerlich gewesen, und die Regierungen werden unter Druck gesetzt, die soziale Gerechtigkeit zu einer Variablen zu machen, die der Wirtschaftslage angepasst werden kann. Soziale Gerechtigkeit muss Priorität haben, basierend auf dem Ausbau der Kapazitäten und Tarifverhandlungen, um die bestmögliche Integration wirtschaftlicher und sozialer Überlegungen zu erreichen. Die Finanzwelt muss im Dienste der Wirtschaft stehen, um kommenden Generationen eine Zukunft zu garantieren.

In den Entwicklungsländern, vor allem in Lateinamerika, wurde die Suche nach alternativen Entwicklungsmodellen zum Abbau der Ungleichheiten und für regionale Integration durch den kontinuierlichen Druck auf die Mechanismen zur Kontrolle der Kapitalströme behindert und die Finanzmarktliberalisierung der 1990er Jahre erhalten.

Darüber hinaus werden die Entwicklungsländer kontinuierlich unter Druck gesetzt, ihre Position durch Freihandelsabkommen und die WTO-Verfahren zu konsolidieren. Dieser Druck bewirkt, dass diese Länder Rohstoffexporteure bleiben, was negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Entwicklung in Afrika, Lateinamerika und anderen Teilen der Welt hat.

Das vorherrschende Handelsmodell hat die negativen Trends durch einen abnehmenden politischen Spielraum für den Aufbau einer Produktion mit höherer Wertschöpfung und eine Eskalation ausbeuterischer Lieferketten, in denen die Arbeitnehmerrechte in eklatanter Weise verletzt werden oder nicht existent sind, weiter verschärft. Dort, wo die Regierungen im Interesse ihrer Bevölkerung eingreifen, werden sie inzwischen von den Investo-

ren wegen Gewinnausfalls verklagt. Das muss aufhören. Wir brauchen Kooperation und nicht Konkurrenz, durch sowohl bilaterale als auch multilaterale Abkommen, die auf der uneingeschränkten Achtung der Arbeitnehmer- und anderer Menschenrechte basieren. Dabei ist es wichtig, die Auswirkungen von Handelsabkommen auf die Beschäftigung und die Umwelt zu berücksichtigen, die industrielle Entwicklung zu fördern und Garantien für den sozialen Dialog zu geben, um die Beteiligung der Sozialpartner zu gewährleisten.

Das derzeitige, von der neoliberalen Hegemonie hinterlassene Modell der Freihandels- und Investitionsabkommen untermauert ein von transnationalen Unternehmen und Finanzinstitutionen beherrschtes Modell. Die einzige Rolle für die Entwicklungsländer bei diesem Modell besteht darin, im Rahmen globaler Lieferketten, die von transnationalen Konzernen beherrscht werden, die die Beschäftigten ausbeuten und ihre Rechte verletzen, landwirtschaftliche, mineralische und Energierohstoffe zu liefern. Das muss ein Ende haben.

Fairer Handel, die Entwicklung der einzelnen Länder, Demokratie, Zusammenarbeit und Solidarität sowie die Achtung der Arbeitnehmer- und der Menschenrechte müssen die Grundlage eines neuen internationalen Handelssystems bilden, das die zahlreichen bilateralen, biregionalen und multilateralen Abkommen ersetzt.

Die weltweite Umfrage des IGB im Jahr 2013 hat ergeben, dass jede zweite Familie direkt von Arbeitsplatzverlusten oder Kurzarbeit betroffen ist. Leidtragende sind dabei insbesondere junge Frauen.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung gibt an, dass ihr Einkommen in den letzten beiden Jahren nicht mit der Erhöhung der Lebenshaltungskosten Schritt gehalten hat. Einen Arbeitsplatz zu haben, ist keine Garantie mehr für die Deckung der Grundbedürfnisse, und die Mehrheit der arbeitenden Armen sind Frauen.

59 Prozent der Menschen haben kein Geld übrig, um zu sparen.

Die Einkommensungleichheiten sind in den letzten 30 Jahren in 17 der 24 OECD-Länder, für die Angaben vorliegen, größer geworden, und mehr als 1,2 Milliarden Menschen weltweit leben in extremer Armut.

Ungleichheit

Der OECD-Bericht über die zunehmende Ungleichheit („Growing Unequal“) zeigt, dass das verfügbare Einkommen zwischen Mitte der 1980er und Anfang der 2000er Jahre zwar im Durchschnitt um 1,7 Prozent pro Jahr gestiegen ist, die Verteilung dieses Wachstums jedoch sehr ungleich war. Das verfügbare Einkommen der reichsten zehn Prozent wuchs um durchschnittlich 1,9 Prozent, das der ärmsten Mitglieder der Gesellschaft um lediglich 1,3 Prozent. Dadurch hat sich der durchschnittliche Gini-Koeffizient in den OECD-Ländern bis 2010 um nahezu 10 Prozent erhöht.

Aus dem jüngsten Bericht der OECD von 2013 geht keinerlei Umkehr dieses Trends hervor. Die Einkommensungleichheit hat in der Tat weiter und schneller denn je zugenommen. Die Zunahme zwischen 2008 und 2010 war so groß wie in den zwölf Jahren vor Ausbruch der Krise, und dies wurde durch die regressive Steuerpolitik vieler Regierungen weiter verschärft.

Der Skandal der Steuervermeidung durch Wohlhabende und Großkonzerne in und zwischen einzelnen

Ländern wird durch die Einschnitte im öffentlichen Dienst, bei den Arbeitsplätzen und der sozialen Sicherheit weiter verschärft. Finanzielle Undurchsichtigkeit, Betrug und Steuerhinterziehung müssen entschieden und wirksam bekämpft werden. Das bedeutet die Bekämpfung von Geldwäsche, Steueroptimierung und Steueroasen, Praktiken, die einer gerechten Entwicklung und der Verminderung von Ungleichheiten im Wege stehen. Schwarzarbeit und Korruption sind eine starke Belastung für die öffentlichen Finanzen und müssen bekämpft werden. Schwarzarbeit geht auf Kosten des öffentlichen Wohls, nutzt verzweifelte Beschäftigte aus und sorgt für unlauteren Wettbewerb.

Obwohl die Zahl derjenigen, die in den Entwicklungsländern in Armut leben, zwischen 1990 und 2010 um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist, leben nach wie vor mehr als 1,2 Milliarden Menschen unterhalb der globalen Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar pro Tag.

Die internationalen Finanzinstitutionen erkennen nicht, dass die rapide zunehmende Einkommensungleichheit selbst marginales Wachstum und den weiteren Armutsabbau gefährdet.

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass ein schnelles Wachstum nicht ausreicht, um unsere Gesellschaften integrativer und fairer zu machen. In Botsuana, China, Costa Rica und der Dominikanischen Republik ist das Wirtschaftswachstum mit einer beträchtlichen Zunahme der Einkommensungleichheiten einhergegangen. Die Armut ist daher in geringerem Umfang zurückgegangen als es möglich gewesen wäre.

Das muss nicht so sein. In Ländern mit ähnlichen Wachstumsmustern, wie etwa Ghana und Brasilien, waren die Früchte des Wachstums aufgrund staatlicher Interventionen gleichmäßiger verteilt und die Auswirkungen auf Armut und menschenwürdige Arbeit waren größer.

Wir sollten uns Modelle zum Vorbild nehmen, die über gut entwickelte Fürsorge- und Sozialsysteme und ein hohes Maß an Gleichheit verfügen, wie beispielsweise die nordischen Länder.

Wir fordern die Aufnahme eigenständiger Ziele und Vorgaben für Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit, sozialen Basisschutz für alle, die Gleichstellung der Geschlechter und unentgeltliche gute Bildung für alle in das Post-2015-Rahmenwerk der UN für eine nachhaltige Entwicklung.

Innerhalb dieser oder weiterer Ziele muss es eine Verpflichtung zu oder Vorgaben für den Zugang zu einer erschwinglichen guten Gesundheitsversorgung, zum unentgeltlichen Zugang zu Wasser, zum ungehinderten Zugang zu sanitären Einrichtungen, für Nahrungs- und Energiesicherheit geben. Globale Maßnahmen in Bezug auf HIV/Aids und andere Pandemien und Epidemien müssen weiterhin hoch oben auf der Agenda stehen.

Die Regierungen müssen eine antizyklische Finanzpolitik verfolgen, und es bedarf neben unseren eigenen Bemühungen staatlicher Maßnahmen, um für solide existenzsichernde Mindestlöhne und Tarifverhandlungen zu sorgen, um die Kaufkraft der Beschäftigten zu sichern.

Um einen durchschlagenden Einfluss auf die Gesamtnachfrage in der Weltwirtschaft zu haben, müssten diese Maßnahmen im Rahmen abgestimmter staatlicher Strategien ergriffen werden. Wir sollten daher versuchen, diese Agenda in Foren wie der OECD und der G20 voranzubringen.

Die Rolle der Gewerkschaften

Der IGB fordert Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit und sozialen Basisschutz als zentrale Säulen globaler Maßnahmen, einschließlich eigenständiger Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen. Die Gewerkschaften befürworten zudem Zielvorgaben für den Zugang zu hochwertiger Bildung für alle, für die Gleichstellung der Geschlechter und für Klimagerechtigkeit.

Wir haben die G20 aufgefordert, ihren Wachstums- und Beschäftigungsplan umzusetzen, angefangen mit Investitionen in die Infrastruktur, vor allem in Schulen, öffentliche Verkehrsmittel und Krankenhäuser, und dabei auch grüne Infrastrukturprojekte zu ermöglichen. Unterdessen fordert der EGB von den europäischen Regierungen einen 'Sanierungsplan'.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, dass es Alternativen zu den erdrückenden und wirkungslosen Sparmaßnahmen gibt, die so viel Schaden verursacht haben. An ihrer Stelle fordern wir:

- progressive Steuerreformen,
- ein Ende der Steueroasen und der Steuerhinterziehung von Unternehmen durch eine Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung,
- langfristige Investitionen, wie etwa in die Infrastruktur und den Sozialschutz,
- Finanzreformen zur Eindämmung der Spekulation, einschließlich einer Finanztransaktionssteuer, und
- die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Korruption.

Wir fordern Investitionen in hochwertige öffentliche Dienstleistungen und in die Pflegewirtschaft, wobei menschenwürdige Arbeit menschenwürdige Pflege und Chancen für Familien und Gemeinwesen bedeutet.

Wir fordern ein Ende der Unterbewertung von Frauenarbeit. Wir machen mobil für die weltweite Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte von Frauen, bei der Arbeit, im Haushalt und in der Gesellschaft, um die Gleichstellung von Mann und Frau zur Realität zu machen. Wir werden auch mobil machen, um die Tätigkeiten von Frauen zu formalisieren und um die gleichberechtigte Teilhabe der Frau bei der Arbeit durchzusetzen.

Wir sind uns bewusst, dass ein staatliches Bildungswesen, eine erschwingliche Gesundheitsversorgung, Kinderschutz, Kinderbetreuung, Altersversorgung, Mutterschutz, Unterstützung für Behinderte und aktive Arbeitsmarktprogramme zu den Grundlagen menschenwürdiger Gesellschaften gehören.

Wir haben Maßnahmen ergriffen, um junge Menschen zu integrieren, u.a. durch Garantien für Ausbildung, Beschäftigung und Sozialschutz mit einer drastischen Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze, um die für ein nachhaltiges Wachstum und die Nutzung des Potenzials neuer Technologien erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln.

Die technologischen Fortschritte und die Ausweitung des Internetzugangs bergen enorme Chancen und Herausforderungen für erwerbstätige Menschen. Ein Engagement der Gewerkschaften in Bildungs-, Ausbildungs- und Organisierungsfragen im Zeitalter des Internets ist unerlässlich. Der IGB setzt sich für eine Internetregulierung ein, bei der keine staatlichen oder wirtschaftlichen Interessen dominieren und die einen ungehinderten Informationsfluss gewährleistet, mit soliden Sicherheitsvorkehrungen für persönliche Informationen und Redefreiheit unter Berücksichtigung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit.

Das auf dem neoliberalen „Konsens von Washington“ basierende Kapitalismusmodell hat unsere Gesellschaften noch verwundbarer und ungleicher gemacht. Einfach so weiterzumachen wie bisher, ist keine Option.

Wir brauchen einen weltweiten New Deal, einen neuen Sozialvertrag, der Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit, Sozialschutz und Nachhaltigkeit garantiert.

Die IAO muss im Mittelpunkt der globalen Entscheidungsprozesse stehen, um für einen rechtsgestützten Ansatz in Beschäftigungsfragen zu sorgen. Wir müssen die Volkswirtschaften anhand neuer Wirtschaftsmodelle, die den Menschen und ihren Gemeinwesen dienen, wiederaufbauen, durch Dreigliedrigkeit, sozialen Dialog und Tarifverhandlungen. Wir weisen den Angriff auf die IAO zurück und fordern die Regierungen auf, erneut in die Arbeitnehmerrechte und den sozialen Dialog als zentrale Säulen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu investieren.

Zwischen 2000 und 2010 ist die Zahl der tarifvertraglich abgesicherten Beschäftigten in zwei Dritteln der im IAO-Bericht über die Welt der Arbeit (2012) untersuchten Länder zurückgegangen. Gerechte Nationen können nur dann entstehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger eine laute kollektive Stimme haben und eine klare Rolle für den sozialen Dialog vorhanden ist. Menschenwürdige Arbeit mit garantiertem Arbeitsschutz wird nur dann möglich sein, wenn die Beschäftigten über genügend Macht verfügen, um einen besseren Deal auszuhandeln.

Die Gewerkschaften sind von zentraler Bedeutung für soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung. Wir müssen an unseren Arbeitsplätzen und in unseren Gemeinwesen Organisationsarbeit verrichten, um den Beschäftigten genügend Macht zu verschaffen, damit sie etwas verändern können. Um soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung zu erreichen, müssen wir unsere Regierungen zudem durch unsere politische Macht aus dem eisernen Griff des Kapitals befreien und autoritäre Regime verändern, indem wir demokratische Rechte für die Beschäftigten erwirken. Als größte demokratische Kraft der Welt ist der IGB entschlossen, dies durch gemeinsame Maßnahmen all seiner Mitgliedsorganisationen zu erreichen.

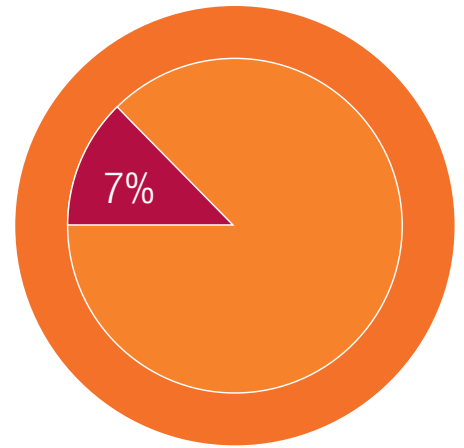
Darüber hinaus müssen der IGB und seine Mitgliedsorganisationen Maßnahmen ergreifen, um die Ratifizierung und wirksame Inkraftsetzung internationaler Arbeitsnormen zu fördern, insbesondere derjenigen, in denen die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen verankert sind.

Die globale Erwerbsbevölkerung

Die Gewerkschaften sind Entwicklungsakteure. In den Entwicklungs- und Schwellenländern, wo die Ungleichheiten am größten sind, kommt ihnen eine maßgebliche Rolle bei der Förderung einer integrativen Entwicklung zu, bei der niemand vergessen wird. Die Solidarität der Gewerkschaften untereinander muss gestärkt werden, und das Netzwerk für gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit muss für wirksamere Partnerschaften sorgen.

Die Herausforderung ist enorm:

- Weltweit gibt es 2,9 Milliarden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- In der formellen Wirtschaft sind 1,7 Milliarden Menschen beschäftigt.
- Gewerkschaftlich organisiert sind 200 Millionen Beschäftigte, und noch einmal so viele gehören Gewerkschaften an, die nicht unabhängig von der Regierung sind.
- Frauen stellen 40 Prozent der weltweiten Erwerbsbevölkerung, aber weniger als 15 Prozent der führenden Gewerkschaftsvertreter/innen.
- 50 Prozent der Beschäftigten haben unsichere Arbeitsplätze, hauptsächlich Frauen.
- Die Arbeitslosigkeit ist unter Frauen höher, und auf jeweils 100 erwerbstätige Männer kommen weniger als 70 Frauen, die erwerbstätig sind.
- 90 Prozent der 230 Millionen Migrant(inn)en weltweit sind Arbeitsmigrant(inn)en.
- Die weltweite Jugendarbeitslosigkeit liegt bei rund 12% und ist damit doppelt so hoch wie die unter älteren Beschäftigten.
- Der Anteil des informellen Sektors an der Weltwirtschaft beträgt 40 Prozent.



Die zentrale Herausforderung ist das Gewerkschaftswachstum, die Organisationsarbeit unter allen arbeitenden Menschen, einschließlich derjenigen, die traditionell nicht in unserem Fokus stehen, um dafür zu sorgen, dass wir über die demokratische Macht verfügen, die notwendig ist, um die Rechte zu fördern und eine Welt mitzugestalten, in der es reichlich gute Arbeit gibt.

Zu diesem Zweck werden der IGB und seine Mitgliedsorganisationen für die zentrale Rolle des Tarifprozesses und des sozialen Dialogs als Grundlage der Demokratie, der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts eintreten. Tarifverhandlungen auf nationaler und sektoraler Ebene sorgen für den Schutz der Arbeitnehmerrechte. Die Möglichkeiten der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern, mit den Arbeitgebern zu verhandeln und die Politik der Regierung zu beeinflussen, sind von zentraler Bedeutung für die Gewährleistung, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über genügend Macht verfügen.

Selbst dort, wo gewerkschaftsfeindliche Gesetze und Praktiken den Beschäftigten die Gewerkschaftsrechte vorenthalten, bleibt die Gewerkschaft ihr Sprachrohr und die Verfechterin ihrer Interessen.

Klimaschutz

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze.

Der Klimaschutz ist nicht verhandelbar. Angesichts der höchsten Kohlenstoff-Konzentration in der Atmosphäre, die es je gegeben hat, betritt die Menschheit hier Neuland und ist dabei, die Grenzen dessen, was der Planet verkraften kann, weit zu überschreiten. Die Chance auf eine Stabilisierung des durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf unter 2 Grad Celsius rückt in gefährliche Ferne, aber ohne umge-

hende Maßnahmen wird ein durchschnittlicher Temperaturanstieg um 4 Grad Celsius oder mehr bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu noch größerer Zerstörung und zum Tod von Millionen Menschen überall auf der Welt führen.

Es gibt einen Weg, um zu überleben, aber die Regierungen müssen den Mut haben, ihn einzuschlagen.

Der IGB unterstreicht die moralische Notwendigkeit, sowohl einen bewohnbaren Planeten zu erhalten als auch von den Arbeitsplätzen zu profitieren, die der Klimaschutz mit sich bringen kann. Wir fordern die Verpflichtung zu einem ‚gerechten Übergang‘ auf der Grundlage des sozialen Dialogs von der betrieblichen bis hin zur nationalen Ebene, bei dem grüne Fertigkeiten und Sozialschutz garantiert sind. Zu diesem Zweck werden wir uns um eine IAO-Norm als Leitfaden für die Maßnahmen der Regierungen und Arbeitgeber bemühen. Ferner werden wir auf die Gewährleistung hinarbeiten, dass unser eigenes Arbeitnehmerkapital in zunehmendem Maße in die Realwirtschaft investiert wird, einschließlich sowohl in den industriellen Wandel als auch in neue grüne Arbeitsplätze.

Sämtliche Jobs müssen sauberer werden, wenn wir unsere Wirtschaft umweltfreundlicher gestalten wollen, und das Kernstück dieser Transformation muss menschenwürdige Arbeit sein.

Während sich die Welt auf Dezember 2015 als neue Frist für ein globales Klimaabkommen vorbereitet, wird der IGB seine Mitglieder und ihre Gemeinwesen mobilisieren, um ein ehrgeiziges und verbindliches Abkommen zu fordern.

Die Regierungen für den Klimaschutz zur Verantwortung zu ziehen, ist von höchster Priorität, ebenso wie die Gewährleistung, dass wir die Grenzen unseres Planeten nicht überschreiten und dass die entscheidenden Themen Ernährungs- und Energiesicherheit sowie Wasser aufgegriffen werden.

Frieden und Demokratie

Sharan Burrow, Generalsekretärin, IGB: „**Wir sind zudem alarmiert über das Unvermögen der Welt, verfahrenere Konflikte beizulegen. Ich möchte an dieser Stelle vor allem die Besatzung Palästinas erwähnen und formell an die Forderung unseres Kongresses in Vancouver erinnern: Bemühungen um einen umfassenden Frieden zwischen Israel und Palästina auf der Grundlage einer Vereinbarung, die die friedliche Koexistenz zweier unabhängiger souveräner Staaten garantiert. Dies erfordert umgehend erneute internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung und muss höchste Priorität haben.**“

Der IGB ist einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen verpflichtet, in der die Vereinten Nationen in der Lage sind, Konflikte innerhalb von und zwischen Ländern zu vermeiden. Wenn der Frieden unmittelbar in Gefahr ist, muss kollektiven Maßnahmen über den UN-Sicherheitsrat Priorität vor einseitigen Interventionen eingeräumt werden.

Frieden und Demokratie basieren auf:

- der uneingeschränkten Anwendung des Völkerrechts und der Ablehnung unterschiedlicher Maßstäbe aufgrund nationaler oder geopolitischer Interessen;
- sozialer Gerechtigkeit durch die uneingeschränkte Umsetzung der grundlegenden Übereinkommen der IAO in jedem Land und in internationalen Abkommen, einschließlich Handelsabkommen.

Massenvernichtungswaffen stellen eine ernsthafte und unmittelbare Gefahr für die Menschheit dar. Der IGB wird gemeinsam mit seinen Verbündeten in der Zivilgesellschaft darauf hinarbeiten, dass alle Länder den Atomwaffensperrvertrag oder Nichtverbreitungsvertrag (NVV) ratifizieren und umsetzen, auch anlässlich der für 2015 geplanten Konferenz zur Überprüfung des NVV. Wir fordern umgehende Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot des Einsatzes, der Herstellung, Lagerung und des Besitzes von Atomwaffen als einen ersten Schritt in Richtung auf ihre vollständige Beseitigung. Wir werden uns zudem für die Regulierung des Handels mit Kleinwaffen einsetzen und deutlich machen, dass Hunderte Milliarden Dollar an Militärausgaben umgelenkt und der Deckung grundlegender Bedürfnisse im Zusammenhang mit nachhaltiger Beschäftigung und Entwicklung dienen müssen.

Migration muss auf einer freien Entscheidung basieren und kann notwendig sein, um Krieg, Diktatur, Sklaverei oder Armut zu entfliehen. Die Migrationspolitik muss in den Zuständigkeitsbereich der Vereinten Nationen fallen und somit auf einem rechtsgestützten Ansatz basieren, im Einklang mit den Prinzipien der IAO. Jeder Migrant und jede Migrantin sollte die Wahl haben, entweder zu Hause zu bleiben, wo Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz garantiert sind, oder die Staatsangehörigkeit eines neuen Landes ihrer Wahl anzunehmen. Die Welt braucht Investitionen, die überall Chancen bieten, und keine Mauern, die die Menschen entzweien und ihnen die Möglichkeit nehmen, eine menschenwürdige Zukunft aufzubauen.

Der IGB steht an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen, die für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte kämpfen, wie etwa in Ägypten, Bahrain, China, Fidschi, Hongkong, Libyen, Tunesien und Weißrussland.

Der IGB verurteilt das Leid des saharaischen Volkes, das bereits ein halbes Jahrhundert andauert, und fordert alle am Westsahara-Konflikt beteiligten Parteien dringend auf, umgehend eine gerechte, dauerhafte und akzeptable Lösung zu finden, im Rahmen von Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und auf der Grundlage der Prinzipien Freiheit und Demokratie.

Der IGB sollte der Beendigung des Grenzkonfliktes zwischen Eritrea und Äthiopien und der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen und des Vertrauens zwischen den beiden Erwerbsbevölkerungen genügend Aufmerksamkeit schenken.

Wir verurteilen die Besatzung Palästinas durch Israel und werden uns um einen gerechten und nachhaltigen Frieden zwischen Israel und Palästina im Einklang mit der Legitimität des Völkerrechts und insbesondere mit den Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates bemühen.

http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/09_Final_Resolution_-_Peace_Disarmament_and_UN_-_March_-_DE.pdf

Wir fordern:

Ein Ende des Baus illegaler israelischer Siedlungen und die Räumung bereits existierender Siedlungen; Israels vollständigen Abzug von palästinensischem Land im Einklang mit dem Grenzverlauf vom 4. Juni 1967 sowie die Entfernung der illegalen Trennmauer.

Diese Forderungen werden Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und einen umfassenden Frieden fördern und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und die Gründung eines freien und

unabhängigen palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt bestätigen.

In gleicher Weise stehen wir hinter den Forderungen unserer Mitglieder nach Frieden und Sicherheit in Ländern, die von Konflikten heimgesucht werden, wie Afghanistan, die Demokratische Republik Kongo, Guinea, Haiti, Irak, Mali, Somalia, Syrien, die Ukraine und die Zentralafrikanische Republik, sowie hinter denen, die im Iran, in Simbabwe und Swasiland unterdrückt werden.

Wir bedauern zudem die Verweigerung von Rechten, vor allem die Angriffe auf die Vereinigungsfreiheit, sowie gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen. Wir werden für ein Ende der Straffreiheit in Guatemala, Kolumbien und der Türkei kämpfen und für ein Ende der Sklaverei in Katar, Saudi-Arabien und anderen Ländern.

Wir verurteilen die langjährige Spaltung Zyperns, eines EU-Mitgliedes, und appellieren an alle beteiligten Parteien, ihre Bemühungen zu verstärken, um bald eine tragfähige und gerechte Lösung für das Zypern-Problem zu finden, um das Land wiederzuvereinigen und Frieden und Stabilität in den südöstlichen Mittelmeerraum zu bringen und vor allem die Beziehungen zwischen den Nachbarländern Zypern, Griechenland und der Türkei zu verbessern. Darüber hinaus begrüßt der IGB den Beginn einer neuen Verhandlungsrunde im vergangenen Februar unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs, die darauf abzielt, eine umfassende Lösung zu finden, und ermutigt die beiden zypriotischen Regierungschefs, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Erwartungen der Beschäftigten und der Menschen in Zypern hinsichtlich einer friedlichen und sicheren gemeinsamen Zukunft zu erfüllen, basierend auf allen relevanten UN-Resolutionen und im Einklang mit den Gründungsprinzipien der EU.

Wir werden auch weiterhin der Unterdrückung und Diskriminierung aufgrund der Religion, der Hautfarbe, der Nationalität, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität, der politischen Überzeugung, der sozialen Herkunft, des Alters oder einer Behinderung entgegenzutreten und die IGB-Mitgliedsorganisationen ermutigen, für Beschäftigte einzutreten, die unter derartiger Diskriminierung zu leiden haben.

Schlussfolgerung

Der IGB ist entschlossen, den Beschäftigten mehr Macht zu verschaffen, damit sie sozial gerechte Gesellschaften und Volkswirtschaften mitgestalten können.

Die Gewerkschaftsbewegung ist dabei, auf globaler Ebene etwas zu bewegen: für Hausangestellte, für Beschäftigte, die in Katar und anderswo moderner Sklaverei ausgesetzt sind, bei der Auseinandersetzung mit der Macht der Unternehmen, bei der Formalisierung informeller Tätigkeiten, bei der grenzüberschreitenden Organisierung von Migrant(inn)en, beim Sozialschutz, bei der Aushandlung solider Tarifverträge und Mindestlöhne, bei der Etablierung neuer Rechte und bei der Verteidigung vorhandener Grundrechte in der Gesetzgebung und Praxis. Wir stehen in vorderster Front im Kampf für Klimagerechtigkeit. Auf diesen Errungenschaften müssen wir aufbauen, durch einheitliche und globale Gewerkschaftsaktionen, um ein demokratisches und progressives Sozial- und Wirtschaftssystem für alle Menschen der Welt zu erreichen.

Dieser Kongress wird Aktionsrahmen beschließen, um Folgendes zu gewährleisten:

- Gewerkschaftswachstum
- Nachhaltige Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz sowie
- Grundrechte

Die Ungewissheit, vor der die Menschen stehen, verursacht Wut und weckt keine Hoffnung. Wir fordern einen Plan und wir fordern Hoffnung. Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und noch mal Arbeitsplätze: menschenwürdige, gute Arbeit auf der Grundlage eines globalen Rechtsrahmens.

Wir haben eine Vision von einer positiven Zukunft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien, geprägt von einer starken internationalen Gewerkschaftsbewegung. Diese Bewegung kann ihre zahlreichen Mitglieder organisieren und mobilisieren, um uns geschlossen gegen die eigennützigen Interessen des unregulierten Kapitals und der unregulierten Märkte zu stellen.

Damit wir über die dafür erforderlichen Mittel verfügen, müssen wir die Arbeitsweise der globalen Gewerkschaftsbewegung überdenken. Wir müssen eine integrative und partizipatorische Gewerkschaftsbewegung aufbauen, die in der Lage ist, Lösungen für die Probleme der arbeitenden Menschen zu finden. Das bedeutet auch eine Demokratisierung und Dezentralisierung der Art und Weise, in der die Gewerkschaftsbewegung arbeitet. Alle Berufssparten und Vertretungsebenen müssen ein Mitspracherecht haben, um dem Gewerkschaftspluralismus Rechnung zu tragen.

Der IGB ist stolz auf unsere integrative globale Bewegung erwerbstätiger Menschen, und wir stehen an ihrer Seite und an der Seite ihrer Familien, wenn wir uns darum bemühen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Macht zu verschaffen, um die Demokratie und die Freiheit zu stärken, Rechte einzufordern und durch Tarifverhandlungen auf eine sozial gerechte Welt hinzuarbeiten.

Die Kongresserklärung enthält das Mandat für die Tätigkeiten des IGB bis 2018. Sie wurde unter Bekräftigung der Entschlüsse des IGB-Kongresses von Vancouver als breite politische Plattform angenommen.